

Wöchentlich 65 Pf., monatlich 3,60 M., im voraus zahlbar. Postbezug 4,20 M. einschließlich 60 Pf. Postzeitungs- und 72 Pf. Postbefreiungsbühren. Auslandabonnentent 6.— M. pro Monat.

Der „Vorwärts“ erscheint wochentags zweimal, Sonntags und Montags einmal, bis Abendausgaben für Berlin und im Handel mit fernem Ziel. Der „Abend“, „Allerlei“, „Beilage“, „Rat und Zeit“ und „Kinderfreund“, „Hörner“, „Frauenstimme“, „Technik“, „Bild in die Bürgerwelt“, „Jugend-Vorwärts“ und „Stadtblatte“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Die einseitige Transportsteigerung 20 Wienig, Restanteile 5.— Reichsmark. „Kleine Anzeigen“ das letzte Heft 25 Wienig (zwei Heft) zwei Heftgebühren (Werte), jedes weitere Wort 12 Wienig. Stellenangebote das erste Wort 15 Wienig, jedes weitere Wort 10 Wienig. Worte über 13 Buchstaben zählen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Seite 60 Wienig. Familienangelegenheiten Seite 40 Wienig. Anzeigenannahme im Hauptgebäude Lindenstraße 3, wochentags von 8½ bis 17 Uhr.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Dönhofs 292-297. Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postkassent: Berlin 37538. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Wallstr. 65. Dr. S. u. Disc.-Ges., Depositenkass. Lindenstr. 3.

Ständiger Ausschuss unzuständig.

Keine Beratungen über die Notverordnungen.

Der ständige Ausschuss des Reichstags nahm gestern mit 16 gegen 12 Stimmen den folgenden Antrag der Regierungsparteien an:

„Der Ausschuss erklärt sich zur Behandlung der eingebrachten Anträge, die Notverordnung des Herrn Reichspräsidenten aufzuheben oder für verfassungswidrig zu erklären, für unzuständig.“

Der Ständige Ausschuss des Reichstags trat gestern zur Beratung zusammen über Anträge auf Aufhebung der Immunität einiger kommunistischer Abgeordneter, über eine Verordnung zur Kennzeichnung von Milchbrot und über eine Stellungnahme zu den Notverordnungen der Reichsregierung. Vor Eintritt in die Beratung über die Immunitätsanträge beantragten die Kommunisten die Zurückstellung dieses Punktes der Tagesordnung hinter die Beratung über die Notverordnungen, offenbar weil sie befürchteten, daß einige kommunistische Abgeordnete den gegen sie schwebenden Strafverfahren preisgegeben würden. Nach Ablehnung dieses kommunistischen Antrages beantragte Genosse Dr. Rosenfeld als Berichtsersteller die Ablehnung sämtlicher Anträge auf Aufhebung der Immunität, weil diese Anträge in seiner Weise als dringlich anzusehen seien und deshalb die Entscheidung dem kommenden Reichstag überlassen werden müsse. Nachdem Abg. Bell (3.) der Auffassung Rosenfelds beigetreten war, beschloß der Ausschuss einstimmig nach den Anträgen des Berichtserstellers.

Die Verordnung über die Kennzeichnung des Milchbrotes wurde wegen den Widerspruch eines deutschnationalen Bäckermeisters einstimmig angenommen.

Die Notverordnungen.

Zu den Notverordnungen lag ein kommunistischer Antrag vor, diese mit sofortiger Wirkung aufzuheben. Nach der Begründung dieses Antrages durch den Abg. Torgler widersprach Abg. Bell (3.) einer sachlichen Erörterung, weil der Ausschuss dazu nicht zuständig sei. Genosse Dr. Rosenfeld trat dem Zentrumredner entgegen. Die Verordnungen seien nicht nur vom Reichspräsidenten unterzeichnet, sondern auch von sämtlichen Reichsministern, die damit die staatsrechtliche und politische Verantwortung für die Verordnungen übernommen hätten. Der zur Wahrung der Rechte der Volkvertretung gegenüber der Reichsregierung eingesetzte Ausschuss des Reichstags sei berechtigt, gegenüber der Reichsregierung zu dem Erlass der Verordnungen Stellung zu nehmen. Allerdings habe der Ausschuss nicht dasselbe Recht, wie das Plenum des Reichstags, die Aufhebung der Verordnungen zu erzwingen, er habe aber das Recht, zu den Verordnungen Stellung zu nehmen. Die sozialdemokratische Fraktion habe schon im aufgelösten Reichstag die alten Verordnungen für verfassungswidrig erklärt. Die jetzt erlassenen Verordnungen seien teilweise noch reaktionärer und noch verfassungswidriger.

Abg. Torgler (Komm.) begründet einen Eoventualantrag, wonach der Ausschuss die Verordnungen vom 26. Juli für verfassungswidrig erklären möge.

Eine sozialdemokratische Erklärung.

Abg. Keil gibt für die Sozialdemokratische Partei folgende Erklärung ab:

„Die sozialdemokratische Fraktion des inzwischen aufgelösten Reichstags hat mit aller Deutlichkeit die Verfassungswidrigkeit der Verordnungen vom 16. Juli 1930 nachgewiesen und die Aufhebung dieser Verordnungen gefordert. Nachdem die Mehrheit des Reichstags dem sozialdemokratischen Antrag beigetreten und der Reichstag infolgedessen aufgelöst war, sind neue, mit den aufgehobenen im wesentlichen übereinstimmende Verordnungen erlassen worden. Die sozialdemokratischen Mitglieder dieses Ausschusses halten im Einklang mit ihren politischen Freunden die neuen Verordnungen für ebenso verfassungswidrig wie die alten. Die neuen Verordnungen weisen in vielen Punkten einen noch sozial und wirtschaftsfeindlicheren Charakter auf als die alten. Da dem Ausschuss nach der Reichsverfassung die Machtbefugnis nicht gegeben ist, die Aufhebung der Verordnungen zu erzwingen, ist es nunmehr Sache der deutschen Wählerschaft, einen neuen Reichstag zu wählen, der dafür sorgt, daß in Zukunft unter Wahrung der Reichsverfassung eine Politik getrieben wird, die nicht den verschiedenen Interessentenhaufen, sondern den Massen der Bevölkerung dient.“

Keil lädt den Ausschuss ein, der in der sozialdemokratischen Erklärung niedergelegten Auffassung beizutreten und stellt zu diesem Zwecke den folgenden Antrag:

„Der Ausschuss möge beschließen: Die Verordnungen vom 26. Juli widersprechen der Reichsverfassung.“

Abg. Emminger (B. V.) führt aus, daß der Ausschuss mangels Zuständigkeit auch zur Verfassungsmäßigkeit der Verordnungen nicht Stellung nehmen könnte. Abg. Meyer (Staatspartei) beantragt eine Unterbrechung der Verhandlungen, um den Regierungsparteien Gelegenheit zur Stellungnahme gegenüber den sozialdemokratischen und kommunistischen Anträgen zu geben. Es wird eine Pause von zehn Minuten beschlossen.

Nach dem Wiederzusammentritt des Ausschusses erklärte Abg. Schulz (Bromberg) (Dnt.), daß nach der Verfassung dieser Ausschuss unter keinen Umständen berechtigt sei, zu den Verordnungen des Reichspräsidenten Stellung zu nehmen. Die Regierungsparteien brachten folgenden Antrag ein:

„Der Ausschuss erklärt sich zur Behandlung der eingebrachten Anträge, die Notverordnungen des Herrn Reichspräsidenten aufzuheben oder für verfassungswidrig zu erklären, für unzuständig.“

Abg. Torgler (Komm.) stellte sich zwar sachlich auf den Boden der sozialdemokratischen Anträge, konnte es aber natürlich nicht verkneifen, eine Bährede gegen die Sozialdemokratie zu halten.

Abg. Rosenfeld (Soz.) sprach sein Bedauern darüber aus, daß die Regierungsparteien mit diesem Antrag nun tatsächlich einer sachlichen Beratung ausweichen wollen. Nicht ein einziger Minister sei erschienen. Sie seien sämtlich für die Verordnungen verantwortlich, auch wenn sie sich jetzt hinter dem Reichspräsidenten decken. Nachdem der Reichstag einmal die Aufhebung der Verordnungen beschlossen habe, sei der neue Erlass der Verordnungen offensichtlich verfassungswidrig. Sonst könnte eine Regierung jedesmal wenn ein Reichstag die Aufhebung der Verordnung beschlossen habe, sie wieder von neuem erlassen. Die Regierung schied sich an, eine große Verfassungsfeier zu veranstalten. Die beste Verfassungsfeier würde es sein, wenn die Regierungsparteien die Verfassung schützten! Das Volk werde ihnen am 14. September für ihre Haltung die gebührende Antwort geben!

Abg. Reper (Staatspartei) findet es natürlich, daß die Reichsminister der Sitzung ferngeblieben sind. Nachdem Pieck (Komm.) höchstens eine Rede gegen die Sozialdemokratie gehalten hat, wird der Antrag der Regierungsparteien mit 16 gegen 12 Stimmen angenommen und damit eine Erörterung der Verordnungen unterbunden.

Die Kommunisten bringen alsdann noch einen Antrag ein, alle Maßnahmen aufzuheben, die geeignet sind, die Wahlfreiheit zu beschränken. Da das Material der kommunistischen Beschwerden noch nicht vorliegt, behält sich der Ausschuss vor, dazu in einer neuen Sitzung Stellung zu nehmen.

Hitlers Edelnazis.

Räuber, Diebe, Zuhälter und Landstreicher.

Das Große Schöffengericht Mannheim hat neun Mitglieder der Nationalsozialistischen Partei wegen des Überfalls auf das Mannheim Reichsbanner zu Gefängnisstrafen verurteilt. Unter den Verurteilten, die von dem nationalsozialistischen Parteirechtsanwalt Dr. Traub verteidigt wurden, befinden sich die folgenden Mitglieder der Partei des Herrn Hitler:

Johann Schmidt, 27 Jahre alt, acht Vorstrafen für Diebstahl, schweren Diebstahl im Rückfall usw. Die letzte im Jahre 1924 verhängte Strafe wegen schweren Raubs lautet auf sechs Jahre Gefängnis und zehn Jahre Ehrverlust. Schmidt ist erst im Januar d. J. wieder aus dem Gefängnis gekommen.

Schiffer Albert Klingler, 27mal vorbestraft wegen Bettelns, Betrug, Landstreicherei usw.

Schuhmacher Paulus, dreimal vorbestraft.

Emil Schüd, 21 Jahre alt, mit einigen Monaten Gefängnis wegen Widerstand gegen die Staatsgewalt und verurteilter Gefangenenerrettung vorbestraft.

Zimmermann Erwin Ludwig, wegen Zuhälterei vorbestraft.

Kaufmann Harnischfeger, mit einer längeren Gefängnisstrafe wegen Sittlichkeitsverbrechens vorbestraft.

Man sieht aus dieser Liste, daß die Nationalsozialisten für ihre Schlägerkolonnen den Abhub des Lumpenproletariats zusammentragen.

Politische Schießerei in Gladbeck.

Polizei greift ein.

Gladbeck, 6. August.

In der Kaiserstraße kam es in den frühen Morgenstunden zwischen etwa 40 Kommunisten und 15 Nationalsozialisten zu einer schweren Schießerei, bei der auch Schüsse gewechselt wurden. Ein Nationalsozialist wurde durch einen Schuß schwer verletzt und wurde in ein Krankenhaus gebracht werden.

Balkenmerkelerei mit Kommunisten.

Mahlin, 6. August. (Eigenbericht.)

Anlässlich eines Neckenburger Treffens früherer Balkenläufer kam es hier zu einer großen Schlägerei mit Kommunisten. Die Streitenden schlugen mit Zornlaten, Steinen, Gummiknüppeln usw. aufeinander ein. Mehrere Personen erlitten zum Teil schwere Kopfverletzungen.

Dunkle Wolken über England.

Die Wirtschaftskrise und ihre Ursachen.

London, 6. August. (Eigenbericht.)

Die Zahl der in England registrierten Arbeitslosen ist auf 2 011 467 gestiegen. Seit Juni 1921 ist eine derartige Ziffer nicht mehr erreicht worden.

J. A. London, 4. August. (Eigenbericht.)

Eine Million neunhunderttausend Arbeitslose im Monat Juli; keine andere Ziffer und keine Handelsstatistik könnte deutlicher die Bucht der englischen Wirtschaftskrise ausdrücken. „Im September werden wir zwei Millionen Arbeitslose haben“, erklärte J. L. Garvin dieser Tage verzweifelt im „Observer“, „und wie wird es Weihnachten aussehen?“

Es ist diese bange Frage nach der Zukunft, die heute das gesamte englische Leben überschattet und ihren Widerhall findet in der politischen Lage des Landes. Wäre die englische Wirtschaftskrise und wäre diese Arbeitslosigkeit in England nur ein Teil und die naturgegebene Folge der Weltwirtschaftskrise, hervorgerufen durch Ueberproduktion und Abschottung, England und seine Parteien hätten sich nicht übermäßig zu sorgen und zu mühen als andere Staaten und ihre parlamentarischen Vertretungen. Für Großbritannien kommt jedoch das seit dem Krieg sich von Jahr zu Jahr umschichtende Verhältnis zwischen dem Mutterland und seinem überseeischen Anhang hinzu. Das Wort „Indien“ sagt alles, und wenn es eines weiteren Beweises bedürfte, so genügt ein kleines Zitat aus der Zeitschrift „Economist“. Darin heißt es: Im Vergleich zur Vorkriegszeit ist der Wert der englischen Lebensmittelversorgung jährlich von 314,4 auf rund 639 Millionen Pfund Sterling gestiegen. Der Anteil des Mutterlandes an dieser Versorgung sank von 43,3 auf 39,3 Proz. Unverändert blieb die ausländische Einfuhr. Hingegen stieg der Anteil der englischen Ueberseeländer von 17,7 auf 61,6 Proz. Von 1913 bis 1927 ist der gesamte englische Außenhandel dem Werte nach von 1184 auf 1799 Millionen Pfund Sterling gestiegen. In derselben Zeit vermehrte sich der Außenhandel aller britischen Reichsländer von 959 auf 2053 Millionen Pfund Sterling. Außerdem verringern sich Import und Export zwischen Mutterland und Anhang, und die Handelsziffern zwischen den überseeischen Reichsländern und dem Auslande steigen langsam aber stetig. Mit anderen Worten: die britischen Reichsländer entfernen sich wirtschaftlich von dem Mutterland, werden wirtschaftlich immer selbständiger und damit auch politisch. Hier liegt in Wahrheit die Ursache der Ereignisse in Indien und dessen Drang nach politischer und nationaler Freiheit.

An den Handelsziffern des „Economist“ gemessen, ergibt sich, daß die Schwere der englischen Wirtschaftskrise und die Höhe der englischen Arbeitslosigkeit nicht ausschließlich die Folge jenes von Marx und Engels zum erstenmal aufgedeckten und immer wiederkehrenden kapitalistischen Konjunkturgesetzes sind, sondern mitbedungen durch die Umlagerung und Umschichtung innerhalb des britischen Weltreiches. Deshalb hat die englische Arbeitslosigkeit ein völlig anderes Gesicht als etwa die deutsche oder amerikanische. Die Arbeitslosigkeit in Deutschland zieht durch das gesamte Wirtschaftsleben. Die Arbeitslosigkeit in England lastet größtenteils in einzelnen Distrikten und auf einzelnen Manufakturen, wie Baumwoll- und Kohle. England hat Absatzmärkte verloren, die nicht wiedergewonnen sind. Dazu wächst die wirtschaftliche Unabhängigkeit der Reichsländer.

Dieser Herbst wird der schwerste sein in der Geschichte unseres Landes, schwerer als irgendeine Phase des letzten Krieges, prophezeit düster der „Observer“. Was wunder, wenn das Rätzelraten und das Durcheinander in der Politik und innerhalb der bürgerlichen Parteien groß ist! Sie sind zwar einig in ihrem Haß gegen Snowden, der die reichen Vermögen belastet und die Einkommensteuer erhöht, einig darin, die Arbeiterregierung zu beschuldigen, sie allein habe verlagert und sie trage die Hauptschuld an allen Nöten und Fährden. Aber die gleichen Leute und die gleichen bürgerlichen Parteien wagen es nicht, ihre parlamentarische Mehrheit anzuwenden und das Kabinett MacDonald zu stürzen. Es wäre so einfach und es geschieht dennoch nicht, weil dieses konservative und liberale Bürgertum sehr gut weiß, daß eine andere Regierung ebenfalls vor den gleichen, zur Zeit kaum lösbaren Schwierigkeiten stünde. Ja, diese Bürgerlichen sind sich innerhalb ihrer eigenen Reihen nicht einmal einig, was geschehen müßte, um die wirtschaftliche Krise Englands und um die politische Krise des Reiches zu beenden. Und es geschieht, wie wir es auch auf dem Kontinent in den vergangenen Jahren vernommen und immer wieder gehört haben: der Ruf nach dem Führer und den starken Männern ertönt. Zunächst nur innerhalb der Parteien. Das Vertrauen zu Baldwin und Lloyd George ist längst dahin, und wenn sie heute noch

nominiell an der Spitze ihrer Parteien stehen, so deshalb, weil hinter ihnen nichts Besseres folgt.

In dieser Not haben die nach der Führung der Konservativen und nach der Führung des Landes geizenden Zeitungs-könige den alten Schlachtruf erhoben: „Freihandel oder Schutzoll“. Höhere Lebensmittelzölle zur Rettung der Agrarwirtschaft, Zollmauern um das gesamte Imperium gegenüber dem Ausland, Freihandel nur innerhalb des britischen Weltreiches. Daß dabei die Dominien ein wichtiges Wort mitzureden haben, spielt bei der konservativen Agitation kaum eine Rolle. Wie wenig aber die überseeischen Länder geneigt sind, die Zollidee der Beaverbrook und Rothemere zu schlucken, bedarf angesichts der oben gegebenen Zahlen keiner besonderen Bemerkung. Dennoch läßt sich nicht leugnen, daß in England der Gedanke des Freihandels in den letzten Monaten große Einbuße erlitten hat. Ein Teil der Liberalen ist schwankend geworden. Das Bankiermanifest, wie es auch zustande gekommen sein mag und wer auch dahinter steht, es ist von ehemaligen Freihändlern und Liberalen mitunterzeichnet. Das macht zwar den Schutzoll nicht beweiskräftiger, es zeigt lediglich für das Durcheinander und die Ratlosigkeit im bürgerlichen Lager.

Es wäre aber ein Wunder, wenn eine solche, das ganze Land durchzitternde Krise unbemerkt an der Arbeiterbewegung und an der so eigenartig zusammengesetzten Labour Party vorbeigeht. Es ist das Proletariat, das am unmittelbarsten und schwersten von der Wirtschaftsnot getroffen wird. Es ist die Arbeiterregierung, die in dieser Zeit der schweren Not und in der Not einer schweren Zeit hochgetragen und mit der Verantwortung beauftragt wurde, ohne daß sie eine Mehrheit besäße oder die Macht, nach eigenen Gedanken und Grundgedanken die Geschicke zu meistern. Dieses Arbeitertabinet fristet sein Leben durch Kompromisse, und wenn auch die bürgerlichen Klassen in England kein deutsches Bürgerium sind, wenn auch kein Baldwin und kein Lloyd George, kein Beaverbrook oder irgendein Industriemagnat je den Ruf nach einer Herabsetzung der Arbeitslosenunterstützung erhoben hat: das Leben dieser Arbeiterregierung ist dennoch mühselig und belastend genug. Nicht zuletzt wird es ihr in den eigenen Reihen sauer gemacht.

Der Freihandel ist natürlich keine Bibel, auf den die Arbeiterbewegung schwören muß, wenn dem Proletariat durch die kapitalistische Wirtschaftsweise derartige Wunden wie jetzt geschlagen werden. Selbstverständlich, daß auch die politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterverbände die Frage erörtern, wie das Imperium wirtschaftlich enger zu verbinden und der Warenaustausch zwischen dem Mutterland und den Reichsländern zu fördern ist. Das wird ein Hauptthema auf dem kommenden Gewerkschaftstongress sein. Ob jedoch die Möglichkeit besteht, die innere Wirtschaftskrise des Imperiums auf irgendeine Weise zu lösen oder wenigstens zu vermindern, das muß die im Herbst tagende britische Reichskonferenz zeigen. Sie wird unter der Führung der Arbeiterregierung zusammentreten und das ist ein Grund von jenen wichtigen, die heute den bürgerlichen Parteien den Mut nehmen, das Labour-Kabinet zu stürzen. Denn wenn es eine Möglichkeit gibt, das britische Schiff an den gefährlichsten Klippen vorbeizubringen und eine Verständigung zwischen den einzelnen widerstrebenden Reichsteilen herbeizuführen, dann nur durch diese Arbeiterregierung und ihrer Befähigung, die nicht mit den Fehlern und Mängeln der vergangenen Zeiten belastet ist. Das weiß im Grunde keiner besser als das englische Bürgerium, und das ist es, worin es sich so sehr und zu seinem Vorteil von dem deutschen unterscheidet.

Krach im Regierungsbloch.

Um den deutsch-finnischen Unfug. — Der Landbund gegen den Reichsverband.

Der Reichslandbund hat mit den Unterschriften des Freiherrn von Bismarck und des Herrn von Sabel ein Schreiben an den Reichsernährungsminister Schiele gerichtet, in dem der Reichsverband der deutschen Industrie wegen seines Protestes gegen eine eventuelle Kündigung des deutsch-finnischen Handelsvertrags aufs heftigste angegriffen wird. Das Schreiben führt eine massige Sprache: „Wir bedauern auf das lebhafteste diesen Schritt des Reichsverbandes der deutschen Industrie, der einen der wichtigsten häuerlichen Produktionszweige zum Tode verurteilen würde, wenn er bei der Reichsregierung von Erfolg begleitet sein würde.“ In nachdrücklichster und feierlichster Form wird gegen diesen Vorstoß des Reichsverbandes protestiert, und die Reichsregierung wird dringend gebeten, dem Schreiben des Reichsverbandes kein Gehör zu schenken.

Dieses Schreiben bringt Klarheit darüber, daß der Reichslandbund in der Tat zur Kündigung des deutsch-finnischen Handelsvertrages treibt und sich nicht im allgeringsten um die Wahrheit in diesem Falle wichtigen Exportinteressen der deutschen Industrie kümmert, die bei der gegenwärtigen Wirtschaftskrise mindestens ebenso pfleglich behandelt werden müßten wie die der Landwirtschaft. Es beleuchtet aber auch die Art, wie sich die Interessentenhausen der Brüning-Schiele-Regierung den Schädle einzuschlagen bereit sind, wo es sich um widerstreitende Interessen handelt. Natürlich handelt der Reichslandbund auch aus wahl-demagogischen Rücksichten, denn die Großagrarien des Landbundes haben sich bisher verhalten wenig um die wahren Interessen der Bauern gekümmert!

Spaltung bei den Jungdemokraten.

Berlin-Brandenburg tritt aus dem jungdemokratischen Reichsbund aus.

Der außerordentliche Jugendtag des jungdemokratischen Verbandes Berlin-Brandenburg hat mit Zweidrittelmehrheit beschlossen, aus dem jungdemokratischen Reichsbund auszutreten und sich der „Bereinigung unabhängiger Demokraten“ anzuschließen.

Die Reden Dietrichs und Wirths in der vorläufig letzten Reichstags-Sitzung samt dem Auflösungsaufruf der Regierung werden als Flugblätter aus unbekanntem Verlag verbreitet. Die kurze Einleitung bezeichnet die beiden Ministerreden als „staatsmännlich hochbedeutend“. Wenn sie's nur, leider sagen...

Strafantrag der Preussischen Staatsregierung gegen die „Kote Fahne“. Wie der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, hat der Preussische Ministerpräsident Dr. Braun gegen die „Kote Fahne“ Strafantrag wegen Beleidigung der Preussischen Staatsregierung gestellt.

Eine Zeitungsente. Die Weidung der „Welt am Abend“ über Subventionen der preussischen Regierung für die „Amtliche Zeitung“ enthält, wie der „Amtliche Preussische Pressedienst“ mitteilt, jeder Grundlage und ist eine feste Erklärung des genannten Blattes.

Die neuen Gemeindesteuern.

Ein Erlaß der preussischen Regierung.

In einem gemeinsamen Kundentafel des preussischen Ministers des Innern und des Finanzministers werden zu der Verordnung des Reichspräsidenten, soweit sie die Erschließung neuer Einnahmen für die Gemeinden betrifft, über die Auswirkungen dieser Maßnahmen für das Rechnungsjahr 1930 Bemerkungen gemacht, aus denen der „Amtliche Preussische Pressedienst“ das folgende wiedergibt:

Zur Erhebung einer

Gemeindebleiersteuer

Sind sämtliche Gemeinden berechtigt. Die bisherigen gemeindlichen Bleiersteuerordnungen gelten fort. Jedoch können in Zukunft für die Geltungsdauer der Notverordnung — Bleiersteuerordnungen nur noch nach Maßgabe der dort genannten Vorschriften erlassen werden. Dabei sei ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die dort genannten Steuererläge je Hektoliter feste Sätze darstellen, die in diesem Rechnungsjahre weder unter- noch überschritten werden dürfen. Mit Rücksicht auf die finanzielle Notlage der Gemeinden, insbesondere das ständige Anschwellen der Wohlfahrtskosten und den Umstand, daß die zur Deckung dieser zwangsausführenden Ausgaben notwendigen Mittel in der Mehrzahl der Gemeinden nur äußerst schwierig und unter Überlastung der Realsteuern aufgebracht werden können, wird erwartet, daß auch diejenigen Gemeinden, die nach den Vorschriften der Notverordnung nicht zur Einführung der Bleiersteuer verpflichtet sind, sobald zur Einführung bzw. Erhöhung der Bleiersteuer auf die in der Notverordnung angegebenen Sätze schreiten.

Von Landkreisen erlassene Bleiersteuerordnungen bleiben weiter in Kraft. Die Neueinführung von Bleiersteuern oder die Umstellung der bisherigen Kreisbleiersteuerordnungen auf die erhöhten Sätze und die neue Grundlage ist jedoch künftig für Landkreise nicht mehr möglich, weil die Bleiersteuer für die Geltungsdauer der Notverordnung ausschließlich den Gemeinden vorbehalten ist.

Bleibt in einem Landkreise eine auf Grund des § 15 des Reichsfinanzausgleichsgesetzes erlassene Bleiersteuerordnung und schreitet eine kreisangehörige Gemeinde nunmehr ihrerseits zur Ein-

führung der Bleiersteuer nach Maßgabe der Notverordnung, so muß die Erhebung der Kreisbleiersteuer in dieser Gemeinde unterbleiben.

Diesigen Gemeinden, die durch Wohlfahrtskosten in außerordentlichem Maße belastet sind, dürfen außerdem

eine besondere Gemeindegetränksteuer

auf Wein, weinähnliche und weinhaltige Getränke, Schaumwein, Schaumweinähnliche Getränke, Trimbrenntwein, Mineralwässer und künstlich bereite Getränke, sowie Kaffee, Tee und andere Muszüge aus pflanzlichen Stoffen erheben, soweit diese Getränke zum Verzehr an Ort und Stelle entgeltlich abgegeben werden. Die Erhebung dieser besonderen Gemeindegetränksteuer ist nur neben einer Gemeindebleiersteuer zulässig. Die Aufsichtsbehörden werden angewiesen, die Zustimmung zu derartigen Steuerordnungen nur dann zu erteilen, wenn die Prüfung der Finanzlage der Gemeinde ergeben hat, daß die Voraussetzungen, nämlich eine außerordentliche Belastung der Gemeinde mit Wohlfahrtsausgaben, vorliegen. Landkreisen ist die Einführung der Gemeindegetränksteuer nicht gestattet.

Die Festsetzung des Landesjahres

der Bürgersteuer (Kopffsteuer)

und die von dem Reichsfinanzminister zu erlassenden Durchführungsbestimmungen wird demnächst erfolgen.

Alle diejenigen Gemeinden, in denen die Grundvermögenssteuerzuschläge oder die Gewerbesteuerzuschläge über die bis zum 1. August 1930 beschlossenen Sätze erhöht werden, sind verpflichtet, die Gemeindebleiersteuer oder teilweise die Bürgersteuer zu erheben. Entspricht eine Gemeinde diesen Verpflichtungen nicht binnen einem Monat nach Eintritt der Voraussetzungen, so ist bei der Gemeindegrundsteuer und der Gemeindegewerbesteuer nur die Erhebung der bis zum 1. August 1930 beschlossenen Sätze zulässig. Dies bedeutet, daß zur Einführung der Gemeindebleiersteuer oder teilweise der Bürgersteuer diejenigen Gemeinden verpflichtet sind, die zwar vor dem 1. August 1930 Umsatzebeschlässe gefaßt haben, aber zur Erhebung einer Nachtragsumlage schreiten, sowie diejenigen Gemeinden, die bis zu dem erwähnten Zeitpunkt Umsatzebeschlässe für 1930 noch nicht gefaßt haben und die Realsteuerzuschläge gegenüber dem Vorjahre erhöhen.

Im Dienste des Volkes.

Sozialdemokratische Reichstagsfraktion und Redaktionsvorlagen.

Genosse Breitscheid hat am Dienstag im „Abend“ unter Zurückweisung von Angriffen der „Königlichen Volkszeitung“ eine eingehende Darstellung der Verhandlungen mit dem Zentrum gegeben, die der Auflösung des Reichstags vorausgingen. Breitscheid hat dabei vor allem auseinandergesetzt, weshalb sich die sozialdemokratische Reichstagsfraktion bei der Abstimmung über den Artikel I der Deckungsvorlagen der Stimme enthalten hat. Der Führer des Zentrums, Wg. Esser, hätte für diesen Fall ausdrücklich verbindliche Verhandlungen der Reichsregierung mit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion über die Umwandlung der Deckungsvorlagen in Aussicht gestellt — eine Zusage, die dann nicht gehalten worden ist.

Nicht demut die „Kote Fahne“ die Erklärung Breitscheids zu einer ihrer plumpen demagogischen Verleumdungen. Sie stellt die Stimmhaltung bei Artikel I als den Versuch der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion hin, dadurch die Regierung Brüning zu retten und ihrem Deckungsprogramm zur Annahme zu verhelfen. Das ist die bei der „Koten Fahne“ übliche Einstellung der Tatsachen.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion wollte durch ihre Haltung bis zuletzt den Verhandlungsweg offen halten, nicht um der Regierung Brüning und ihrem Programm zum Siege zu verhelfen, sondern um dieses Programm so umzugestalten, wie es im Interesse der breiten Masse lag. Sie wollte die Anwendung des Diktaturparagrafen wenn irgend möglich vermeiden und wollte der Regierung nicht durch die Ablehnung des Artikels I den Vorwand geben, daß im Reichstag überhaupt keine Mehrheit für ein Deckungsprogramm vorhanden wäre, und infolgedessen kein anderer Ausweg als der Artikel 48 übrig blieb. Diese Haltung der Fraktion war möglich, weil im Artikel I der Regierungsvorlage lediglich Deckungsmaßnahmen für den Reichshaushalt angekündigt wurden, aber keinerlei Vorschriften darüber enthalten waren, wie diese Deckungsvorlagen auszuführen sollten.

Die Deckung des Reichsdefizits hielt aber auch die Sozialdemokratie im Interesse der Arbeiterschaft, nicht zuletzt im Interesse der Arbeitslosen, für dringend notwendig. Nur kam es darauf an, wie diese Sanierung durchgeführt werden sollte. Die Sozialdemokratie verlangte, daß in erster Linie die leistungsfähigen Schichten herangezogen werden müßten. Die Regierung Brüning aber wollte die Lasten der Wirtschaftskrise fast ausschließlich den breiten Massen aufbürden. Die Sozialdemokratie hat bis zuletzt den Versuch gemacht, diese Absicht zu vereiteln. Die Ereignisse, die inzwischen eingetreten sind, haben gezeigt, daß diese Bemühungen erfolglos bleiben mußten, weil die Regierung Brüning von Anfang an entschlossen war, ohne und gegen die Sozialdemokratie zu regieren. Die Sozialdemokratie aber wird sich auch in Zukunft durch die Verleumdungen der „Koten Fahne“ nicht davon abhalten lassen, das zu tun, was sie zum Nutzen der wertvollen Massen für richtig und notwendig hält.

Die Wahrung des Wahlheimnisses.

Bedenken gegen getrennte Stimmabgabe.

Ämlich wird mitgeteilt:

Die Reichstagsordnung läßt bei Reichstagswahlen eine nach dem Geschlecht der Wähler getrennte Stimmabgabe zu. Für kleine Gemeinden ist die getrennte Stimmabgabe nicht unbedingt, da sie das Wahlheimnis gefährden kann. Der Reichsminister des Innern hat daher die Landesregierungen ersucht, bei allen auf eine getrennte Stimmabgabe abzielenden Anordnungen besonders sorgfältig zu prüfen, ob eine getrennte Stimmabgabe ohne Gefährdung des Wahlheimnisses angeordnet werden

kann. Eine Trennung der Wahlberechtigten nach Geschlechtern kann zur Vermeidung einer Verletzung des Wahlheimnisses nur in solchen Gemeinden vorgegeben werden, die nach ihren Gesamtverhältnissen hierzu geeignet sind, d. h. wo durch die Größe der Stimmbezirke und bei Berücksichtigung aller Verhältnisse eine Gefährdung der Geheimhaltung der Wahl ausgeschlossen ist.

Sozialdemokratie gegen Held.

Sofortige Einberufung des Reichstages gefordert.

München, 6. August. (Eigenbericht.)

Die sozialdemokratische Fraktion des Bayerischen Landtags hat nun zum Gegenstand gegen die Diktaturgelüste des Kumpfkabinetts Held ausgehört. Sie fordert in einem Schreiben an den Landtagspräsidenten die sofortige Einberufung des Reichstages und legt gleichzeitig einen Initiativgegenstand vor, durch den die nach den Methoden der Reichsregierung gegen den einseitig befundenen Mehrheitswillen des Landtages erlassene Schlichterordnung außer Kraft gesetzt werden soll. Neben die Gegner der Schlichtersteuer bei ihrer bisherigen Haltung, dann wird die Notverordnung, noch ehe sie wirksam wurde, in der Verlesung verschwinden.

Plädoyers im Landvolksprozess.

Urteilsverkündung am Sonnabend.

Jahoe, 6. August.

Im Iphoeer Landvolksprozess begannen heute unter großem Andrang des Publikums die Plädoyers. Nach mehrstündigen Ausführungen, die von ständigen Ausfällen gegen das Republikanengesetz begleitet waren, forderte der Verteidiger Dr. Lutzger eine Freisprechung sämtlicher Angeklagten.

Staatsanwaltschaftsrat Behrens widersprach in seiner Replik der Rechtsauffassung des Verteidigers in allen Punkten. Oberstaatsanwalt Gollnick betonte, die Angeklagten hätten Indentum, Weltkapitalismus, Bonzenium und Korruption bekämpfen wollen. Das sei ihr gutes Recht, aber sie hätten den Staat als Exponent dieser Mächte hingestellt und dagegen richtete sich die Anklage.

Panuropa und Völkerbund.

Briand will keinen Konflikt.

Paris, 6. August. (Eigenbericht.)

Im Quai d'Orsay wird eifrig an dem Bericht über die Antworten gearbeitet, den Briand den 26 europäischen Regierungen, die zu seinem Memorandum Stellung genommen haben, noch vor Ende August zuenden will.

Ueber die Tragweite und den Wert der eingetroffenen Antworten scheint die Umgebung Briands nicht ganz einheitlicher Meinung zu sein. Briand selbst soll die Absicht haben, um jeden Verzicht zu vermeiden, als ob sein Plan in irgendeinem Sinne ein Konkurrenzunternehmen zum Völkerbund wäre, den europäischen Mächten vorzuschlagen, daß sie sich in Genf vor der Eröffnung der Völkerbundsversammlung zu einer kurzen Besprechung zusammensind: da soll beschlossen werden, die ganze Materie auf die Tagesordnung der Völkerbundsversammlung des Völkerbundes zu setzen. Die Völkerbundsversammlung kann nach Abschluß der Debatte, an der sich auch die nicht-europäischen Nationen beteiligen sollen, die Vermeidung der Materie an eine Unterkommision beschließen: die soll ein Studienkomitee ernennen, das bis zur nächsten Völkerbundsversammlung 1931 einen ausführlichen Bericht ausarbeiten soll, der praktische Beschlüsse im Rahmen und im Auftrag des Völkerbundes ermöglicht und damit den ersten Schritt auf dem Wege zu einer einheitlichen Organisation bilden würde.

Die allgemeine Schulpflicht in der Sowjetunion soll durchgeführt werden. Ein Gesetzentwurf will sie 1930/1931 für Kinder von 8 bis 10 Jahren einführen, und in den folgenden Jahren auf die Kinder von 11 bis 14 Jahren ausdehnen. Sämtliche Schulgebäude, die bis jetzt für das Militär und für andere Zwecke beschlagnahmt waren, müssen zurückgegeben werden, ausgenommen solche, die von Truppen der GPU besetzt sind.

Die Beamten-Internationale.

Ordentlicher Kongress in Genf.

Genf, 6. August. (Eigenbericht.)

Der 3. Kongress der Sozialistischen Beamten-Internationale hat unter starker Beteiligung von Delegierten aus fast allen europäischen Staaten und einer Abordnung des Internationalen Gewerkschaftsbundes begonnen. Die Internationale der Beamten, die seit 1925 besteht, hält alle drei Jahre ihre ordentliche Tagung ab. Der Vormittag brachte die Begrüßungsansprachen und eine Uebersicht des internationalen Sekretärs Noordhoff, die besonders die Fortschritte der Bewegung hervorheben konnte. Unter dem Punkt der Versammlung wurde der Geschäftsbericht genehmigt. Noordhoff nahm Abschied, da er zum IGB. berufen worden ist.

In der Nachmittagsitzung verlangte Kaché-Warschau im Hinblick auf die schlechte soziale Lage der Beamten in verschiedenen Ländern von der Internationale ein

Manifest gegen die ungenügenden Gehälter.

das die Verantwortlichkeit an den Ursachen der Weltkrise zeichnet und den Landesorganisationen den einheitlichen Weg weist, auf dem die Beamten zu menschenwürdigerem Dasein gelangen können. Die Anregung wird dem Büro der Internationale überwiesen. Müntner-Berlin, Sekretär der Internationalen Föderation des Personals öffentlicher Dienste und Betriebe, sprach zur Frage des Zusammenschlusses der Beamten-Internationale mit der von ihm vertretenen Föderation. Er verweist auf Beschlüsse beider Internationalen, die zur Voraussetzung ihres Zusammenschlusses den innerstaatlichen Zusammenschluß der Landesverbände der Beamten und der Arbeiter in öffentlichen Diensten macht. Er erklärt, daß eine kürzlich in seiner Internationale durchgeführte Erhebung diesen Standpunkt als richtig bestätigt habe und hofft auf praktische Zusammenarbeit zur Vereinigung. Einstimmig wird eine Entschließung angenommen, in der der Kongress diese Zusammenarbeit begrüßt. Er beauftragt Büro und Exekutive der Beamten-Internationale, für die Verwirklichung der

Zusammenfassung aller internationalen Kräfte in öffentlichen Diensten

einzutreten und auf die Einberufung einer unverbindlichen Aussprache zur weiteren Klärung aller einschlägigen Fragen hinzuwirken. In bezug auf die einheitliche Gestaltung der Beiträge der Länder an das Internationale Sekretariat wurde eine weitere Entschließung angenommen. Der Kongress begrüßt auf Antrag Deutschlands die Bemühung, die zum Ziele hatte, das Verhältnis des Internationalen Beamtenbundes zum IGB. enger zu gestalten. Er stimmt dem Beschluß der Exekutive vom 9. Juli 1929 in Wien zu, der die

Anerkennung der IGB. als Berufssekretariat des IGB.

erstreckt. Der Kongress bevollmächtigt dementsprechend das Büro, Verhandlungen mit dem IGB. zu führen, um diese Anerkennung zu verwirklichen. Endlich erklärt der Kongress noch seinen lebhaften Wunsch, an der staatlichen Regelung der Dienst- und Arbeitsverhältnisse mitzuwirken; diese Mitwirkung soll geistlich organisiert werden und auf peripatrischer Grundlage zwischen staatlichen Instanzen und den Gewerkschaftsorganisationen aufgebaut werden unter Ausschluß der außerhalb der Gewerkschaftsbewegung stehenden Sondergruppen und -personen.

In einer starkbesuchten öffentlichen Kundgebung sprachen Noordhoff-Holland, Beller-Schweiz, Gode-Desterreich, Laurent-Frankreich und Halkenberg-Deutschland unter stärkstem Beifall. Dabei kam vor allem der Trade-Name-Wille der Beamten sehr stark zum Ausdruck.

Höppler-Wschoff warnt.

Vor Hindenburg-Blod gegen Sozialdemokratie.

Köln, 6. August.

In der Morgenausgabe der „Kölnischen Zeitung“ kommt der preussische Finanzminister Dr. Höppler-Wschoff in dem Aufsatz „Ein Appell“ auf die Stellung der neuen Staatspartei zur Sozialdemokratie zu sprechen und führt u. a. aus: Es wäre verwerflich, wenn versucht werden sollte, unter dem Namen „Hindenburg-Blod“ die zusammenschließen, die bei den letzten Auseinandersetzungen hinter Brüning und Dietrich gestanden hätten, nicht nur im Kampfe gegen die radikalen Elemente, sondern auch im Kampfe gegen die Sozialdemokratie. Bei den Befreiungsfeiern in Koblenz hätten Hindenburg und Braun gemeinsam vor den Koblenzer Bürgern gestanden. Dies sei ein Sinnbild dafür, daß Reichspolitik und preussische Politik jahrelang um die Befreiung des Rheinlandes gerungen hätten. Höppler-Wschoff führte dann den vor wenigen Tagen von der Reichsregierung und der preussischen Staatsregierung beschlossenen Ausbau der Schängel-Wache zu einer Gedenkstätte für die Gefallenen, die letzte Notverordnung gegen das unbefugte Waffentragen, die Zustimmung der preussischen Regierung im Reichsrat vorgelassen worden waren und die letzten Endes den Ausgangspunkt der letzten Notverordnung gebildet hätten, die Einigung in der Grenzhilfe und andere Fälle an.

Er fragt, ob man angesichts dieser Tatsachen wagen könne, eine bürgerliche Sammlung mit dem Ziele herbeizuführen, die preussische Koalition zu sprengen, die Sozialdemokratie den Namen einer staatsbeherrschenden Partei abzusprechen und zum Kampf gegen den Marxismus aufzurufen. Höppler-Wschoff führt fort, wenn Reichsminister Brüning und Ministerpräsident Braun in so bedeutsamen Fragen sich zur verantwortungsbewußten gemeinsamen Arbeit zusammenschließen, kann nicht der Zeitpunkt kommen, wo die Stunde der Not alle Kräfte, die jetzt sowohl hinter der Regierung Brüning wie hinter der Regierung Braun stehen, zu gemeinsamer Arbeit im Kampf gegen die radikale Front zusammenzwingt? Der Wahlkampf, der jetzt geführt werden muß, würde zwar auch gegen die Sozialdemokratie und für das Kabinett Brüning-Dietrich geführt werden. Aber hierum handelt es sich bei der augenblicklichen Auseinandersetzung nicht, sondern darum, ob ein Blod errichtet werden solle mit dem Gedanken, nach vergeblichen Wahlen auch mit verfassungswidrigen Mitteln zu regieren und darum, ob die Sozialdemokratie als staatsbeherrschende Partei anerkannt werden soll oder nicht.

Jean Kolonial-Gesandte in Stockholm. Das Zentralkomitee der Sowjetunion hat Frau Kolonial zur Vertreterin der Sowjetunion in Schweden ernannt.

Die rumänische Polizei will in Kichinew Moskauer Ulfas gefunden haben, wonach die rumänische kommunistische Partei wegen Widerstands trotz reichlicher Aufstellung aufgelöst und durch ein Sekretariat ersetzt wird, dessen Leiter Gansz soll schon verhaftet sein.

Hafenkreuz-Justiz.

In Mitona saß ein nationalsozialistischer Angeklagter die Abweisung eines Richters wegen Befangenheit durch, weil dieser jüdisches Blut in den Adern habe.



Demnachst wird vor jeder Verhandlung gegen Nazis bei allen Richtern die Blutprobe vorgenommen.

Indische Friedenssuche.

Die Aufgabe der britischen Arbeiterpartei.

Karachi, 6. August.

Ein Zusammenstoß zwischen Hindus und Mohammedanern in Sukkur (Sind) trug einen derart ernsthaften Charakter, daß die Polizei zweimal feuern mußte, um die Ordnung wiederherzustellen. Zwölf Personen wurden getötet, 150 verletzt. Zweihundert Aufwühler wurden verhaftet. Militär- und Polizeistreifen durchziehen die Stadt. Es mußten Truppen von außerhalb herangezogen werden. Die Bestimmungen des indischen Straßengesetzes, die die Ansammlung von mehr als fünf Personen auf der Straße untersagt, wurde in Kraft gesetzt.

Auch in Lahore kam es zu schweren Auseinandersetzungen zwischen Hindus und Mohammedanern, in deren Verlauf ein Hindu durch Gewehrschüsse 11 Mohammedaner tötete und 4 verwundete.

Unser Korrespondent schreibt aus Kalkutta:

Nichts charakterisiert die gegenwärtige Situation in Indien besser als die Vorgänge in seinen Gefängnissen. Zwar noch nicht dort, wo die armen Tamilen, sondern dort, wo Gandhi und die übrigen Führer in Gewahrsam sind. Ihre Zellen sind plötzlich zu der Rolle avanciert, die sonst den Bandenführern der Parlamente oder den Arbeiterräumen der Staatsmänner zukommt. Gegenwärtig verhandeln dort eifrig Gandhi, der Ältere und der jüngere Nehru sowie die übrigen eingekerkerten Führer der Bewegung mit Mittelspersonen der Regierung über die Möglichkeiten eines Friedensschlusses.

Die Bemühungen der Freunde Gandhis vom gemäßigten Flügel des Nationalkongresses laufen hauptsächlich darauf hinaus, den Mohatma davon zu überzeugen, daß er einem schweren Verurteilten unterlegen ist, als er den von Moskau her genährten Einflüssen der sogenannten Jungen wie Subhas Chandra Bose und Pandit Jawaharlal Nehru nachgeben hat. Aus dem Mißerfolg der Aktion scheint nicht nur Gandhi selbst, sondern auch die Nehrus, Nair und Sohn, die das Bindeglied zwischen dem schwankenden Führer und der äußersten Linken bildeten, gelernt zu haben, daß der Sperling der englischen Kongressen in der Hand für Indien wichtiger ist als die auf einem sehr hohen Dache stehende Taube einer — allindischen Sowjetrepublik. Wenn sich die Entwicklung der nächsten Zeit so vollzieht, dann hat England einen großen Sieg errungen und die Aussichten auf eine dauernde Besserung der anglo-indischen Beziehungen sind erheblich gestiegen.

Die elementare Voraussetzung hierzu liegt jedoch darin, daß die englische Labourparty die Konsequenzen für eine neue Taktik in der indischen Frage zieht.

Ihr großer Fehler hat darin bestanden, daß sie die Dinge erst so weit hat kommen lassen. Sie hat vor allem eines der wichtigsten Kampffelder, die indische Gewerkschaftsbewegung, kampflos der russischen Propaganda überlassen und sich damit begnügt, einzelne britische Arbeiterführer gelegentliche Bistiten in Indien abstratten zu lassen, anstatt sich nach dem Muster Moskaus dauernden Einfluß auf die indischen Arbeiter zu verschaffen, daß sie eine liegende Kolonne von unternehmenden jüngeren Kräften zum Aufbau und zur weiteren Organisation der mühsam um ihre Existenz ringenden Bewegung an Ort und Stelle dirigiert hat.

Zweifellos wird die erst Tat des neuen Vizekönigs, Sir Herbert Samuel, der über den nötigen Takt und die Erfahrung bei der Stützung von Wogen politischer Aufregung mit dem Def einer großzügigen Verständigungspolitik verfügt, im Erlaß einer Generalamnestie bestehen. Auch die „Round Table Konferenz“ wird gemäß die Formel für ein brauchbares Kompromiß in den Angelegenheiten der Kolonialverwaltung und vielleicht sogar in der Frage der Eingliederung Indiens in den Empireverband in einer Fassung finden, die eine organische Entwicklung ohne revolutionäre Störungen in den Zustand eines gerechten Ausgleiches der Interessen zwischen dem Mutterland und dem jüngsten Dominium ermöglicht. Dennoch werden alle diese Bemühungen nur für einen zeitlich begrenzten Übergangszustand ausreichen, denn ihre Wirkungen gehen nicht tief genug, um die Elemente der großen Entwicklung zu beeinflussen, in der sich das Mutterland wie Indien befindet.

Gleichzeitig mit der Wandlung der inneren Zustände Indiens wird sich auch das System seiner Verwaltung und selbst seiner Kontrolle von Kopf bis Fuß ändern müssen. Bisher hat der Soldat, der Waffenaar, der Kaufmann und der Jurist den bestimmenden Einfluß auf die anglo-indische Politik ausgeübt. Sie werden so schnell als möglich dem Arzt, dem Sozialpolitiker, dem Techniker und dem Arbeiterführer Platz machen müssen, für die die Gleich-

berechtigung der Eingeborenen nicht das Ziel, sondern die Voraussetzung ihres Handelns sein wird.

Indiens ökonomische Basis ist die Landwirtschaft, das wird sich jedoch sehr bald ändern. Die Organisation der Industrie in verschiedenen großen Städten schreitet rasch vorwärts. Die Entwicklung des Verkehrs hat die Schranken zwischen Stadt und Land beseitigt. Mit der Gewährung des Wahlrechts für die Provinzialparlamente und die indische Gesetzgebende Versammlung ist

unter der Landbevölkerung ein durch die Verbreitung der Presse gesteigertes politisches Bewußtsein erwacht.

Stärker aber als durch alle anderen Faktoren wird der indische Bauer durch die Notwendigkeit aufgerüttelt werden, seine Produktionsweise und seine Lebensform den veränderten Bedingungen der Weltwirtschaft anzupassen. Weizen, Baumwolle und Getreide werden das kulturelle und soziale Antlitz Indiens stärker verändern, als es je durch kriegerische Invasionen und religiöse Umwälzungen der Fall gewesen ist. Die anglo-indische Verwaltung wird sich den Bedürfnissen der werdenden indischen Welt schließlich wohl oder übel anpassen müssen.

Eine Politik der Freiheit und Gerechtigkeit Indiens gegenüber wird die Räte erleichtern, die aus den Geburtswehen der neuen Gesellschaft entstehen müssen. Sie ist deshalb nicht nur um der Menschlichkeit willen zu fordern, sondern um des elementarsten Ruhens willen.

Was England unter dem Druck Indiens wie des Gewissens der öffentlichen Meinung der ganzen Welt in der indischen Frage zu tun gedenkt, kann deshalb nicht das Ende seiner Leistungen sein, sondern nur der Anfang einer neuen Phase seiner gesamten Kolonialpolitik.

Die Art und Weise, wie England das indische Problem nach den Wirkungen der ersten so dringend nötigen Beruhigungspolisse begrößen wird, kann erst die wirkliche Entscheidung darüber bringen, ob sich aus dem gegenwärtigen Zwischenzustand zwischen Krieg und Frieden der Zustand einer endgültigen Beruhigung Indiens herausbilden wird.

Afridi marschieren auf Peshawar.

London, 6. August.

Der Bezirk von Peshawar wird nach einer Reutersmeldung aus Simla abermals durch Afridis bedroht, die von Afghanistan her vorrücken. An sämtliche Bewohner der Dörfer, die auf der Linie des wahrscheinlichen Vormarsches der Afridis liegen, sind Warnungen gerichtet worden.

Spaltung der KPP.

Zwei KKKs im Jiddischi-Staat.

Moskau, 6. August. (Dt.-Ezpress.)

Nach Angaben der Sowjetpresse ist in der kommunistischen Partei Polens eine Spaltung eingetreten, die zur Bildung von zwei einander bekämpfenden Zentralkomitees geführt hat. Die Gesamtzahl der Parteimitglieder beträgt rund 8000.

Die kommunistische Partei in Polen wäre längst noch schwächer, wenn nicht die Verwaltung sich außerhalb des Rechts gestellt und die schärfste Verfolgung gegen sie gerichtet hätte.

Finanzgeschäft geht immer.

Marike Hanau neuer Laden.

Paris, 6. August. (Eigenbericht.)

Die frühere Direktorin der „Gazette du Franc“, Frau Marike Hanau, hat sich nach ihrem abenteuerlichen Hungerstreik, der ihr zur Haftentlassung verhalf, überraschend schnell erholt und eine neue Finanzzeitschrift, „La Force“ (Die Kraft), gegründet, die eine rapide Entwicklung genommen hat. In der letzten Nummer dieser Zeitschrift hat Frau Hanau angekündigt, daß sie sich aufs neue mit Finanzoperationen in großem Maßstab befassen wolle. Jetzt soll sie im Zentrum von Paris auf dem Bourseplatz ein großes Gebäude erworben haben, in dem sie die Geschäftsräume ihrer neuen Gründung unterzubringen beabsichtigt.

Der Flieger Bassanesi im Gefängnis. Der italienische Flieger Bassanesi, der vor einigen Wochen auf der Rückkehr von Mailand, wo er antikomunistische Schriften abgeworfen hatte, am St. Gotthard abgestürzt war und sich im Krankenhaus von Andermatt in Behandlung befand, ist in das Gefängnis von Lugano übergeführt worden.

Beginn 1. August

SAISON

Mengenabgabe vorbehalten
Verkauf soweit Vorrat

AUSVERKAUF

IN FAST ALLEN ABTEILUNGEN

PREISE teilweise herabgesetzt bis zur HÄLFTE

Bettwäsche

Kopfkissen-Bezüge
Wäscheb., Gr. ca. 80/80 cm. 85 Pf. Linsen, Gr. ca. 80/80 cm. 125 Pf.
früh. Stück bis 1,15, jetzt 85 Pf. früh. St. bis 1,75, jetzt 125 Pf.

Deckbett-Bezüge
Wäscheb., Gr. ca. 130/200 cm. 275 Pf. Linsen, Gr. ca. 130/200 cm. 435 Pf.
früh. Stück bis 3,95, jetzt 275 Pf. früh. St. bis 5,90, jetzt 435 Pf.

Bettlaken
Dowlax, fr. St. 225 Pf. fr. St. bis 3,95, jetzt 290 Pf.
bis 3,25, jetzt 225 Pf.

Kleiderpassen, Bindekragen u. Fichukragen
Crêpe de Chine, reine Seide, zum Teil bestickt, zum Teil mit Spitze garniert. Stück jetzt 95 Pf.

Damen-Krawatten
reine Seide, neue Muster, Crêpe de Chine od. Foulard. Serie I Stück jetzt 50 Pf. Serie II Stück jetzt 95 Pf.

Taschentücher

Herren-Taschentücher z.T. mit kleinen Webe-Webl., Linsenqual., mit bent. Kant., früh. Stück bis 20 Pf., jetzt 12 Pf.

Damen-Taschentücher weisse Batist, mit Kordeletzeif. und Hoblaum. Serie I: früherer Stück bis 23 Pf., jetzt 15 Pf. Serie II: früherer Stück bis 30 Pf., jetzt 23 Pf.

Reinlein. Taschentücher leicht ange-angenehme Ware. Serie I: fr. Stück bis 32 Pf., jetzt 32 Pf. Serie II: fr. Stück bis 48 Pf., jetzt 48 Pf.

für Herren Serie I: fr. Stück bis 42 Pf., jetzt 42 Pf. Serie II: fr. Stück bis 58 Pf., jetzt 58 Pf.

Damen-Wäsche

Hemden mit StickereiStück jetzt 95 Pf.

Nachthemden reich garniert, Stück jetzt 1 95 Pf.

Pyjamas moderne Form...Stück jetzt 4 90 Pf.

Schlüpfer Kunstseide gute Qualität, Stück jetzt 1 95 Pf.

Hemdhosens Kunstseide, mit Spitzen, Stück jetzt 1 95 Pf.

Unterkleider Kunstseide, mit Spitzen, St. jetzt 3 90 Pf.

Badeartikel

Frottier-Handtücher Stück jetzt 42 Pf.

Badelaken Gr. 80/100 cm, Stück jetzt 95 Pf.

BademäntelStück jetzt 8 75 Pf.

Frottierstoffe f. Bademäntel, Meter jetzt 2 95 Pf.

Badetrikots Stück jetzt 1 65 Pf.

Decken

Wachstuchbarchent gewaschert, verschiedene Breiten Quadratmeter jetzt 1 20 Pf.

Wandbilder Größe ca. 75/200 cm früherer Stück bis 11,50, jetzt 6 90 Pf.

Steppdecken Kunstseide-Oberseite, Satin-Unterseite, Größe ca. 130/200 cm, früh. Stück bis 22,00, jetzt 14 75 Pf.

Klöppelspitzen Handarbeit. Serie I Meter jetzt 25 Pf. Serie II Meter jetzt 35 Pf. Serie III Meter jetzt 45 Pf.

Rundspitzen für Kragen u. Garnituren. Serie I Meter jetzt 50 Pf. Serie II Meter jetzt 75 Pf. Serie III Meter jetzt 95 Pf.

Teppiche

Tapestry Gr. ca. 100/200 ca. 100/255 ca. 100/285 cm früh. bis 22,00 früh. bis 30,00 früh. bis 45,10 Stück jetzt 12 50 Pf. Stück jetzt 17 50 Pf. Stück jetzt 27 50 Pf.

Velvet Gr. ca. 100/200 ca. 170/200 ca. 200/205 cm früh. bis 35,00 früh. bis 52,00 früh. bis 78,00 Stück jetzt 19 50 Pf. Stück jetzt 29 00 Pf. Stück jetzt 44 00 Pf.

Wollplüsch Gr. ca. 100/200 ca. 200/300 ca. 250/350 cm früh. bis 64,00 früh. bis 72,00 früh. bis 118,00 Stück jetzt 38 00 Pf. Stück jetzt 58 00 Pf. Stück jetzt 88 00 Pf.

GROSSE POSTEN!

ENORM BILLIG!

Glas - Porzellan - Wirtschaftsartikel

HERMANN TIETZ

Am Montag, dem 4. August, abends 1/2 6 Uhr, entfällt nach langem, schwerem Leiden mein lieber guter Mann, Vater, Schwieger- und Großvater, der Weltmeister

Theodor Hahn
im 68. Lebensjahre.

Im Namen der Hinterbliebenen
Luisa Hahn nebst Kindern
Grunstraße 40.

Die Einäscherung findet am Freitag, dem 8. August, um 6 1/2 Uhr, im Krematorium Gerichtstraße statt.

Allen Genossen und Reichsbannerkameraden die traurige Mitteilung, daß nach kurzer, schwerer Krankheit heute mein lieber Mann, unser guter Vater, Schwieger- und Großvater, Bruder und Onkel, der Buchdrucker

Karl Steinke
im vollendeten 44. Lebensjahre verstorben ist.

Dies zeigt tiefbetrubt an
Frieda Steinke, geb. Richter
nebst Angehörigen.

Berlin, den 3. August 1933.
Niederschönhausen, Treskowstr. 62.
Einäscherung am Sonnabend, dem 9. August, 17 1/2 Uhr, im Krematorium Gerichtstraße.

Wanderkarten
L. Juergens
Alexanderplatz
Neue Königsstr.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin

Todesanzeige
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Werkzeugmacher

Theodor Hahn
geb. 21. Mai 1868, am 4. August gestorben ist.

Seine feinen Andenken!
Die Einäscherung findet am Freitag, dem 8. August, 18 1/2 Uhr, im Krematorium Gerichtstraße statt.
Rege Beteiligung erwartet.
Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsmittglieder!

Am Freitag, dem 8. August, abends 7 Uhr, Sitzung der mittleren Ortsverwaltung. Die Ortsverwaltung.

Allgemeine Ortskrankenkasse
Berlin-Wilmersdorf.
Bekanntmachung.

Der 3. Richtrat zur Kostenfestsetzung der Allgemeinen Ortskrankenkasse Wilmersdorf ist am 2. Juli 1933 vom Oberverwaltungsamt Berlin genehmigt und tritt mit diesem Tage in Kraft.
Preisverzeichnisse sind im Kassensaal erhältlich.
Freier wolle mir besonders darauf hin, daß auf Grund der Besorgung bei Reichsversicherungsstellen zur Erhebung von Beiträgen, Wirtschaftlicher und sozialer Beiträge vom 28. Juli 1933 der Beitrag zur Arbeitslosenversicherung ab 1. August 1933 auf 1/2 v. B. des monatlichen Arbeitsentgelts (Grundlohn) erhöht werden ist.
Berlin-Wilmersdorf, den 6. August 1933.
R. Kfzling, F. Wiemann, 2. Vorsitzender, Schriftführer.

KINDERWAGEN WELTHAUS

METZNER
ANDREASSTR. 23 AM PLATZ
NORDEN, BRUNNENSTR. 95
MOBIT, BEUSSELSTR. 67
WESTEN, POTSDAMERSTR. 52
NEUKÖLLN, BERGSTR. 133
SPANDAU, CHARLOTTESTR. 24A
NIEDERSCHÖNEWIDE, BROCKENSTR. 6

KLEINE ANZEIGEN

Jedes Wort 12 Pf. Das festgedruckte Wort 20 Pf. (zuzüglich zwei festgedruckte Worte). — Stellengesuche das erste Wort (festgedruckt) 15 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen für 2 Worte.

Anzeigen, die für die nächste Nummer bestimmt sind, müssen bis 6 1/2 Uhr nachmittags in der Haupt-Expedition des Vorwärts, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Dieselbe ist wochentags von 8 1/2 Uhr früh bis 3 Uhr nachmittags ununterbrochen geöffnet.

Verkäufe
Kapfen, Giffel, Kolonialstraße 9.
Wiktige Gelb-Teppich-Ausverkauf.
Ausverkaufpreis ca. 2x3 18.—
Ausverkaufpreis ca. 2x3 19.—
Ausverkaufpreis ca. 2 1/2 x 3 1/2 25.—
Ausverkaufpreis ca. 3 1/2 x 3 1/2 34.—
Ausverkaufpreis ca. 3 x 4 39.—
Ausverkaufpreis ca. 3 x 4 32.—
vom 1. bis 21. August.
Römer, Berlin, Potsdamerstraße 30b.

Bekleidungsstücke, Wäsche usw.
Wenig getragene Herrenoberbekleidung von Militärs, Kerzen, Knöpfen, Federbetten, billige Strümpfe, Empfehlung Faltenmäntel, Paletots, Fracks, Smoking, Gebrochene, Doorn, Sport, Scheppe, Gelegenheitskäufe in neuer Garbende, Bettelstr. 10, 1. Treppen, Hofenstraße 11, 1. Hofen.

Damenmäntel, Gelb - Ausverkauf
1. August, Sommermäntel 3.—, 6.—, 10.—, Ottomänmäntel, Seidenmäntel, Abendmäntel 12.—, 18.—, 24.—, 36.—
Kleider 2.—, 4.—, 8.—, Modellkleider 10.—, 15.—, 20.—, Schmeidel, Gipsstraße 13, 1. Hofen.

Musikinstrumente
Gegen kleine Kosten erhalten Sie gebrauchte sowie neue Pianos, Große Auswahl, Vorzüglich laufend, Streifenmusikstraße 14 und Brunnenstraße 19a.

Fahrräder
Gedächtnis Radfahrer 15.—, 20.—, 25.—, 30.—, 35.—, 40.—, 45.—, 50.—, 55.—, 60.—, 65.—, 70.—, 75.—, 80.—, 85.—, 90.—, 95.—, 100.—
Wiese, 230.—, ebenfalls erhalten, schöner Kon. Eisenbahn, verkauft Polch, Danlow, Götterstraße 30, gewerblich.

Möbel
Büchertische, merke Kredit und bar Möbeln, große Auswahl, keine Preisel, Preisliste gratis.
Schlafzimmer 45.—, Esszimmer 27.—, Dinerzimmer 38.—, Esszimmer 118.—, Dinerzimmer 38.—, Anrichtentische 99.—, Tischbezüge 66.—, Kleiderkasten 48.—, Garderoben 18.—, Kleiderstühle 18.—, Aufhängematten 12.—, Sonstige Möbel aussergewöhnliche Preise, Teppich aussergewöhnlich, Kleiderkasten, Kleiderkasten, Kleiderkasten bis zum Verkauf, auch auf Anzahlung, keine auch ohne Anzahlung, Kleider bis zum Jahre, 2000, Anna, Katolisch, franks, Hauptstraße: Ewald, Schloßstraße 107; 2. Hofen: Kroll, Hermannplatz 7; 3. Hofen: Helle-Wallace-Straße 90.—, Untergrundbahn; 4. Hofen: Reibbuser Straße 25, gegenüber Eitelanger.

Kaufgesuche
Bühnenstücke, Motinabfälle, Pölm, Stiel, Quader, Silberstücke, Goldschmelzer, Christian, Alpenstraße 29 (Hofenstraße 10a/11a).

Unterricht
Berlin School, Feinschnitt 110, Ruffstraße 26a, Fremde Sprache, Artikel: 12 Teilnehmer, monatlich 12 Pf., vierteljährlich 30 Pf., zahlbar in Raten, Eintritt jederzeit.

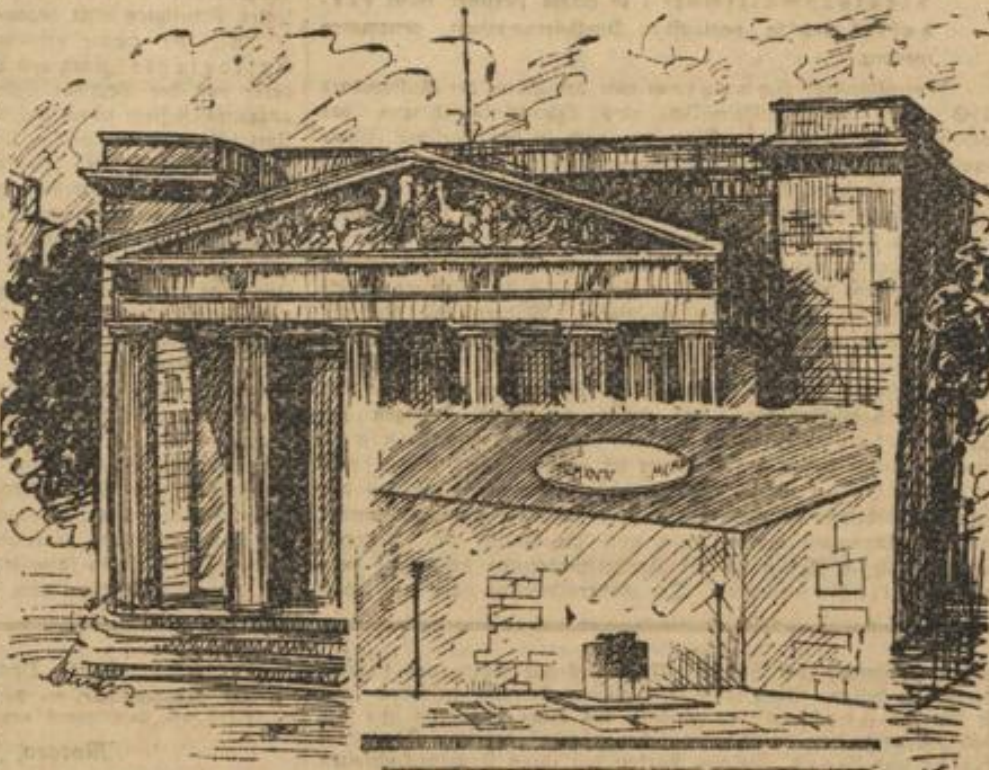
Erholungsurlaub
Gastwirtschaft, befindet, Hotel in Ruffstraße, Berlin, Ruffstraße 26a, Fremde Sprache, Artikel: 12 Teilnehmer, monatlich 12 Pf., vierteljährlich 30 Pf., zahlbar in Raten, Eintritt jederzeit.

Da auf dem städtisch Arbeitsnachweis eine passende Ersatzkraft nicht vorhanden ist, wird auf diesem Wege sofort für ca. 3 Wochen zur Ausbille ein erfahrener **STEREOTYPEUR** nach und rund, Organ- und Complo-Apparat, **GESUCHT.**
Wochenlohn RM 30.— (also RM 22.50 über Tarif). Arbeitsbereitschaft v. 8-4, also 8 Std., davon aber nur 2 Std. wirkliche Arbeitszeit. Druckerkontor der Allgemeinen Feischer-Zeitung A.-G., Berlin SW 68, Zimmerstr. 72-74

Wangrin & Butz
Elektr. Licht-, Kraft- u. Klingelanlagen
Konzers. für sämt. elektrische Werke
E3 Bin.-Neukölln E3
Hobrechtstr. 59 - 60
Telephon: Neukölln 5157

Die „Neue Wache“ als Ehrenmal

Das Bild zeigt die Schinkelsche „Neue Wache“ gegenüber der Staatsoper Unter den Linden, die zu einem Gedächtnismal für die Toten des Weltkrieges umgestaltet wird. Vielleicht ist diese Lösung die glücklichste, jedenfalls erhält der prachtvolle Schinkelbau jetzt eine würdige Bestimmung, und die klassische Ruhe der harmonischen Formen entspricht mehr der Ehrung der Toten als dem früheren Zweck, Unterkunft und dekorativer Hintergrund für präsentierende Soldaten zu sein. — Der Entwurf, der jetzt zur Ausführung gelangt, stammt von Heinrich Tessenow, der als erster Freisträger aus der Konkurrenz hervorging. Mag man zu der Entscheidung stehen wie man will, niemand wird sich der Einsicht verschließen können, daß die Wirkung von schlichter Vornehmheit ist. Tessenow — das untere Bild zeigt den preisgekrönten Entwurf — sieht einen Binnenraum mit glatter Wandbehandlung vor. Als einzige Raumdekoration dient ein hoher Altarstein mit goldenem Kranz. Darüber befindet sich die Oeffnung der Decke, die Lichtquelle des Raumes.



Die Ehrenhalle für die Toten des Weltkrieges

wo im Gebirge, im Walde oder an breit fließendem Strom. Ein romantischer Gedanke und eine groß angelegte Theaterdekoration. Hier im Strudel des Verkehrs muß das Ehrenmal stehen.

Vielleicht erinnert es die unter Geschäften stöhnende Menschheit daran, wieviel Leid der Krieg in die Welt gebracht hat und daß es nur eine Devise gibt:

„Nie wieder Krieg.“

neue Steuern auferlegt. Um die Sache zu verschleiern, läßt er diese wieder einmal kostenlos durch die Hauseigentümer einzuziehen. Die beredigte Empörung der belasteten Einwohner soll somit auf Unbeteiligte abgelenkt werden. Die Miete erhöhte sich ab 1. August um.

Die politische Aufklärungsarbeit der Hausbesitzer scheitert an dem gefunden Menschenverstand der Berliner Mieter. Wir wiederholen unsere Feststellung: die arbeitslose Regelung des Berliner Staats scheiterte an den Nationalsozialisten, den Deutschnationalen, der Wirtschaftspartei und den Kommunisten, und das ist die Ursache der Mieterhöhung. Das wärsch Herrn Wolff und Herrn Seifke kein Regen ab.

In den Tod getrieben.

Selbstmord, weil sie fälschlich festgenommen wurde.

Die Staatsanwaltschaft Kottbus ist zurzeit mit der Nachprüfung der Umstände beschäftigt, die zum Selbstmord einer 16jährigen Hausangestellten geführt haben.

Die bei einem Amtsgericht in Lübben beschäftigte Gertrud S. war vor zirka drei Wochen verdächtigt worden, 100 Mk. gestohlen zu haben. Trotzdem sie ihre Unschuld beteuerte, übergab man sie der Polizei, die sie durch die ganze kleine Stadt, in der alles wegen einer Plagmuß auf den Beinen war, öffentlich zum Polizeigefängnis abtransportierte. Aber weder bei dem Mädchen noch in der Wohnung seiner in einem nahegelegenen Ort wohnenden Eltern wurde das Geld gefunden, so daß am nächsten Tag die Freilassung erfolgte. Die Schande des öffentlichen Transportes durch die Stadt, estortiert von zwei Polizeibeamten

nahm sich die Sechzehnjährige so zu Herzen, daß sie, nachdem sie noch einer Freundin gelobt hatte, sie sei völlig unschuldig, sich vor einen Zug warf.

Die Eltern der Selbstmörderin haben nun Anzeige bei der Staatsanwaltschaft erstattet, in der sie auf angebliche merkwürdige Zustände in der Familie des Amtsgerichtsrates hinweisen und um Einleitung einer Untersuchung bitten, damit öffentlich festgestellt werde, ob ihre Tochter wirklich schuldig gemessen sei oder ob sie unschuldig den Tod gesucht habe. Die Staatsanwaltschaft Kottbus hat nunmehr, wie wir erfahren, zunächst ein Ermittlungsverfahren gegen Unbekannt wegen des Diebstahls der 100 Mark im Hause des Amtsgerichtsrates eingeleitet, um nähere Feststellungen über das Verschwinden des Geldes und den gegenüber dem Mädchen gehegten Verdacht zu treffen.

Das Unglück im Kinderfahrgeschäft.

Ein Bericht des Begleiters.

Zu dem Unglücksfall des siebenjährigen Kindes Georg Jorgal aus Berlin-Weißensee, Säbelerstraße 8, das am 5. August kurz hinter der Station Deutsch-Lissa, aus dem Kinderfahrgeschäft 2062 Bressau-Berlin gekürzt und inzwischen leider gestorben ist, hat der verantwortliche Begleiter des Landeswohlfahrts- und Jugendamts, Abteilung Jugendwohlfahrt, sofort nach seiner Ankunft in Berlin am Mittwoch einen eingehenden Bericht erstattet, dem folgendes zu entnehmen ist:

Auf dem Bahnhof Oppeln wurde dem Begleiter für 26 Kinder — vier davon mußte er wegen Ueberfüllung des Nebenwagens mit in sein Abteil nehmen — die Hälfte eines alten Viertellastwagens vom Transportführer zugewiesen. Dieses Abteil hatte vier Türen, je zwei nach beiden Seiten. Um die vielen Türen besonders gut beobachten zu können, setzte sich der Begleiter an das erste Türenpaar, während eine Begleiterin zwischen den beiden anderen Türen Platz nahm. Circa 10 Minuten, nachdem der Zug um 12.20 Uhr Bressau verlassen hatte, ging die Begleiterin, die Kinder ermahnend, durch den Wagen. „Im selben Moment“

Der „fluge“ Herr Major.

Zu unserer Artiz „Der fluge Herr Major“, in der wir das wahrheitswidrige Schreiben eines Hausbesitzervertreters wiedergaben, erhalten wir diese Berichtigung.

Das Haus Dresdener Straße 136 ist niemals im Besitz der Firma Laner u. Wolff gewesen, die Firma ist lediglich Mieterin eines Geschäftsrates im Hause, das seit 42 Jahren im Besitz meiner Eltern ist. Ich bin nicht Verwalter, sondern „Generalvollmächtigter“ und als solcher lediglich meiner Mutter verantwortlich. Der Deutschnationalen Partei siehe ich in keiner Weise nahe.

Wir bedauern es, daß wir irrtümlicherweise die Firma Laner u. Wolff, die nur unten im Hause einen Laden hat, als Besitzerin des Hauses angaben. Wir rechnen davon Kenntnis, daß Herr Wolff nicht Verwalter, sondern „Generalvollmächtigter“ und als solcher lediglich seiner Mutter verantwortlich ist. Er verwaltert die Häuser also nicht und führt sich auch seinen Mietern gegenüber nicht verantwortlich. Wir bedauern Häuser und Mieter in gleicher

Weise. Der Deutschnationalen Volkspartei mag er nicht nahe stehen, vielleicht bestreitet er auch, daß er rechtsradikalen Kreisen gesinnungsgemäß nahe steht. Gegen unsere sachlichen Feststellungen zu seinen Behauptungen über die „unverantwortliche Finanzwirtschaft der linken Mehrheit der Berliner Stadtverordneten“ vermag er nichts zu sagen. Wir führen das, um uns eines Ausdrucks in einem Privatbrief des Herrn Generalvollmächtigten an uns zu bedienen, als „einen neuen schlagenden Beweis für die bekannte innerliche Verlogenheit gewisser Kreise jurid. der, so nehmen wir an, der Herr Generalvollmächtigte aufgefassen ist. Auf persönliche Angelegenheiten des Herrn Generalvollmächtigten gegen uns einzugehen, sieht uns nicht an.

Die Methode des Herrn Generalvollmächtigten Major a. D. Wolff scheint Schule zu machen. Diese Weisheit ließ der Hauseigentümer F. Seifke, Reutalün, Zietenstraße 61, in seinem Hausflur anbringen:

Zur Sanierung der Schuldenwirtschaft der Stadt Berlin hat der preussische Innenminister Baentig (Soz.) mit dem Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg Raner (Dem.) den Berlinern

SINCLAIR LEWIS

DER ERWERB

ROMAN

Una hatte jetzt den Entschluß gefaßt, sich von Frau Fite nicht fortzagen zu lassen. Sie wollte es „ihr zeigen“: sie würde hier wohnen, und wäre es auch nur ihr zum Trost.

Was Frau Fite dachte, ist nicht überliefert.

Sie führte Una durch eine Reihe von Zimmerchen, die alle gleich ausgestattet waren, mit zwei steifen Stühlen zu beiden Seiten des Tisches, an der Wand die Abbildung irgendeiner Kirche, auf dem Fußboden ein Stückchen Teppich, das so aussah, daß man erstaunt war, nicht die Aufschrift „Bademotte“ darauf zu finden.

„Das sind die Empfangszimmer, in denen die Hausbewohnerinnen ihre Besuche empfangen dürfen. Zu jeder Tageszeit — bis ein Viertel vor zehn“, sagte Frau Fite.

Im Bohnzimmer wurde ihr zum erstenmal klar, daß das Abstinenzlerinnenheim nicht nur ein Gefängnis war — sondern auch eine Wohnstätte für lebensfreudige, feinfühligere Mädchen. Es war nicht luxuriös, aber es war nun jemand eingerichtet worden, der der Reizung für hübsche Dinge nachsichtig gegenüberstand. Es war ein großer Kamin da, eingebauter Bücherregal, und ein langer Tisch; und im Strohsauteils mit bunten Kissen lagen einige neugierige junge Mädchen. Una hatte den Eindruck, als wäre ihr eines von ihnen, ein wuscheliges, lachendes Ding, verfallen zu, und sie fühlte sich angeheimelt.

Dann ging's treppauf zu einem wundervollen Badezimmer mit verlockenden Duschern, einem kleinen Turnsaal und einem Dachgarten mit einem Platz zum Ballspielen. Hier oben war es auch an den heißesten Sommertagen kühl und frisch, und hier durften die Mädchen in Morgenröden herumlungern bis nach zehn, wie Frau Fite mit einem halben Nicken bemerkte.

Una erwiderte das Lächeln. Als sie, Frau Fite voran und Una hinterher, über den

Korridor schritten, auf den die Schlafzimmer mündeten, stürzte ein reizendes junges Mädchen in Spitzenhäubchen und Morgenrad aus einer Tür, an der Frau Fite eben vorbeigegangen war, und machte hinter deren Rücken einen tiefen Knicks, nicht Una lustig zu und äffte mit ein paar Schritten Frau Fites kriegerischen Gang nach.

„Ja, ich möchte gern hier wohnen!“ erklärte Una verärgert, und Frau Fite, die sie mißtrauisch ansah, ließ sich so weit herab, zu sagen: „Nun, wir werden Ihre Angaben überprüfen lassen. Inzwischen können Sie mit einer Frau Esther Lawrence sprechen, die eine Zimmergenossin sucht.“

„Oh, ich möchte nicht gern mein Zimmer mit jemand teilen.“

„Mein liebes Fräulein, das Haus ist gestopft voll mit jungen Damen, die gern möchten und wieder nicht möchten — und uns bleibt das Vergnügen, unsere Einteilung immerzu umzustößen, um hochhero Wünschen zu entsprechen. Ich glaube nicht, daß im Laufe der nächsten sechs Monate ein Einzelzimmer frei wird, und natürlich...“

„Nun, könnte ich mit Frau Lawrence sprechen?“

„Ja, gewiß. Kommen Sie mit mir.“

Una folgte niedergeschlagen, und die Oberin schien mit der Befehrung dieser eigenwilligen jungen Frauensperson zufrieden. Doch ihre Stimme klang seltsam tonlos, als sie, an einer Schlafzimmertür klopfend: „Frau Lawrence?“ rief. Eine heifere, strenge Stimme antwortete von drinnen:

„Ja, was gib's?“

„Ich bin es, meine Liebe — Frau Fite. Ich glaube eine Zimmergenossin für Sie gefunden zu haben.“

„So? Bitte warten Sie, bis ich schnell etwas anziehe.“

Frau Fite wartete. Sie wartete zwei Minuten. Sie sah auf ihre Uhr, die sie an einem Lederarmband am handgelenk trug, und hämmerte mit dem Absatz ihres vernünftigen Schuhwerks auf den Boden. Dann versuchte sie es noch einmal: „Wir warten, meine Liebe!“

Von drinnen kam keine Antwort, und es dauerte noch weitere zwei Minuten, bis die Tür geöffnet wurde.

Una erblickte ein mit weißlackierten Möbeln freundlich eingerichtetes Zimmer; ein freitonüberzogenes Sofa und ein schmales, jungfräulich aussehendes Messingbett, unordentlich umherliegende Wäsche und Zeitungsbücher und, als dominierendes Mittelpunkt des Ganzen, groß nachlässig, mit

einem runden Gesicht, einer Nase, die etwas zu lang war, aber nicht störend wirkte, und schwarzen Augen, die kühl und offen und gebieterisch dreinsahen — Frau Esther Lawrence.

„Sie haben uns aber lange warten lassen“, sagte Frau Fite.

Frau Lawrence starrte sie wie einen unerschämten Diensthboten an. Dann wandte sie sich Una zu und sagte in selbstbewusstem, freundlichen Ton: „Wie heißen Sie, Kind?“

„Una Golden.“

„Nun, wir wollen die Sache miteinander besprechen...“

Danke bestens, Frau Fite.

„Ich bin überzeugt“, versuchte Frau Fite, „daß es Ihnen beiden passen wird...“

„Machen Sie sich keine Sorgen. Wir werden schon jehen!“

Frau Fite starrte sie an und zog sich zurück.

Frau Lawrence grinst, streckte sich auf dem Sofa aus, brach auf mysteriöse Weise eine Zigarette zum Vorschein, bot sie Una an und fragte: „Rauchen Sie?“

„Nein, danke.“

„Nehmen Sie Platz, und machen Sie sich's bequem, Kind. Oh, würden Sie so gut sein, das Fenster dort aufzumachen? Man darf hier nämlich nicht rauchen...“

Arme Frau Fite — ich kann einfach nicht anders, als sie schikanieren. Bitte glauben Sie ja nicht, daß ich immer so eitelhaft bin. Wenn man sie nicht manchmal an ihren Platz weist, plagt sie einen zu Tode... Danke vielmals... Sehen Sie sich bitte —

schließen Sie sich doch die Kissen auf dem Bett zurecht und machen Sie sich's bequem. Sie sehen wie ein nettes Ding aus — ich, ich bin eine faule, gutmütige, alte Hege, mit allen schlechten Gewohnheiten, die es nur gibt, und mit der tiefen Ueberzeugung, daß die Welt eine Hölle ist. Aber man kommt ganz gut mit mir aus, und so wollen wir's mal probieren, in einem Zimmer zusammen zu wohnen, ja?... Was meinen Sie, Kindchen?“

Una war nun dieser selbstsicheren, desillusionierten, großen Frau weit mehr entzückt als von aller Weisheit des Herrn Wilkins oder den Tröstungen der Sessions. Sie mußte, daß es der erste unterhaltende Mensch war, dem sie — von Walter abgesehen — in New York begegnet war.

„Ja“, sagte sie, „wir wollen's probieren.“

(Fortsetzung folgt.)

Menschen den Maschinen gleich.

Berschwundene Illusionen.

Von einem älteren Angestellten wird uns geschrieben:
Die jetzt im Gange befindlichen Angestelltenentlassungen in der Industrie rufen in mir Erinnerungen an die ersten Lohn- und politischen Kämpfe in der Metallindustrie wach, die nach der Revolution im Jahre 1919 in Berlin ausgefochten wurden; an die Verhandlungen mit Herrn C. F. v. Siemens, an die „Centrale Streikleitung“ in „Haberlands Festhaken“ mit dem ewigen Kommen und Gehen der Verbindungsleute, an die Betriebsratsstätigkeit und an die aufopfernde Hingabe vieler. Unter ihnen mit weitgehendem Blick die Genossen Platau, Kujhauer und viele andere.

Seit dieser Zeit hat sich das Verhältnis zwischen Angestellten und Leitung in allen Großbetrieben ständig mehr gespannt. Es scheint heute fast, als ob in jener Zeit die Unternehmerrschaft an ihre völlige Niederlage glaube und an ein Ende, das ihr die Revolution bereiten könnte. An ein Mitsprechen der Industrieführer mit dem Volke, die zuweilen im Laufe der Verhandlungen Einlenkungsaktionen unternahmen, konnte ich damals schon nicht mehr glauben. Bevor ich zum ersten Male einer solchen Verhandlung beiwohnte, schwedte mir noch etwas von einer patriarchalischen Idee vor, die zwischen Chef und Angestellten bestehen mußte, und so erging es wahrscheinlich vielen meiner Kollegen.

Die Wirklichkeit sah anders aus, denn in den Verhandlungen sprachen nur materielle Tatsachen, und ich konnte ein Gefühl nicht bannen, das mir sagte, daß die „Treue der Angestellten“ zu ihren Chefs“, die man vor dem Kriege oft sehr laut pries und die einen gewissen Stolz der Angestellten ausübte, doch nur, wenn sie jemals wahr gewesen wäre, heute eine nette Lüge bedeutet.

Die Zwischenzeit hat viele bekehrt, und die Zahl derer dürfte nicht gering sein, die ihr Eintreten für ihre Kollegen und für das gute Recht damit bezog, daß sie der Unternehmer über die Klinge springen ließ.

Die gegenwärtige Art der Entlassungen

zeigt die in Deutschland inzwischen in verstärktem Maße fortgeschrittene Entfremdung der Chefs von ihren Angestellten. Freilich dürfte das Wort „Chef“ insofern unbedeutend sein, als es sich fast ausschließlich nur um Direktoren und Vorgesetzte, die ihre Funktionen als Werkzeuge unbekannter Auftraggeber ausführen oder ihre oftmals egoistischen Sonderbestrebungen im Auge haben.

Vor kurzem äußerte sich ein amerikanischer Offizier über die Bewegung der Massen im Weltkriege, der die Heerführer nicht gemacht waren, weshalb es zu Stellungskämpfen kam. Augenscheinlich ergibt es den Industriemagnaten jetzt, was es heißt, die großen Massen des Volkes Bewegung, das heißt Arbeit, zu verschaffen, ebensol. Sie wissen mit ihren großen Organisationen nichts mehr anzufangen und beginnen die Ueberflut zu verlieren.

Der allgemeine Verfall scheint durch Paragraphen ersetzt zu sein. Ein in der alten Kaufmannschaft verbreiteter Grundgedanke, daß der Chef die Verpflichtung übernommen hat, für seine Arbeiter aller Gattungen zu sorgen und alles Erdentische hierfür zur Aufrechterhaltung seines Betriebes zu tun, hat sich heute ins Kraße Gegenteil gewendet, heute ist man soweit gekommen, daß große Unternehmungen alten Substanten eine vierzellige Kündigung schicken, daß ein „Generaldirektor“ mit 1 Million Mark jährlichem Ein-

kommen einen Angestellten für einen Verlust von einigen tausend Mark, veranlaßt durch Zahlungseinstellung eines alten Kunden, haßbar machen will. Eine Abteilung eines Werkes, die nicht sonderliche Gewinne nach Ansicht des „Direktoriums“ abwirft, wird einfach verkauft, die Angestellten werden entlassen. Solche Fälle werfen grelle Schlaglichter auf die sonderbare Auffassung, die in dem Unternehmertum Platz gegriffen hat.

Widerständig im höchsten Grade dürfte für einen Außenstehenden das sich jetzt bietende Schauspiel sein, in dem plötzlich

prozentuale Abbaumaßnahmen

in unzähligen selbständigen und geschäftlich voneinander unabhängigen Betrieben durchgeführt werden sollen. Bestand demnach eine dringende Notwendigkeit zum Abbau, so mußte sie schon lange in die Erscheinung getreten sein. Dann wäre es die Pflicht der Unternehmer gewesen, sich damals mit der Arbeitsbeschaffung ganz energisch zu befassen. Heute erscheint diese Abbaumethode entweder als ein Eingeständnis allergrößter Mißwirtschaft, die einer Katastrophe gleichkommt, oder als ein gewollter, finanziell nicht begründeter Akt zur Ausübung eines politischen Druckes. Sie zeigt jedem die enormen Schäden einer automatischen kapitalistischen Verwaltungsmethode, die den verderblichen Irrtum befestigt, Menschen den Maschinen gleichzustellen.

Ein Arbeiter = 32 Arbeiter

Der Internationale Gewerkschaftskongress in Stockholm hat die Forderung der 44-Stunden-Woche aufgestellt. Kann sich die Welt eine 44-Stunden-Woche leisten? Wird bei 44stündiger wöchentlicher Arbeitszeit nicht zu wenig produziert, Kapital gebildet und zu viel konsumiert?

Darauf antwortete der Gouverneur des Staates Connecticut auf einer Konferenz der Gouverneure der Vereinigten Staaten:

„Die Massenproduktion ist zu einem großen Teil an der Arbeitslosigkeit schuld. Statistiken zeigen, daß heutzutage ein einziger Arbeiter so viel produziert, wie 32 Arbeiter vor 75 Jahren. Mit anderen Worten: Ein Mann, der heute eine Stunde lang arbeitet, erzeugt so viel, wie vor 75 Jahren ein Arbeiter in 32 Stunden! Unsere Fähigkeit, Güter zu verbrauchen, hat hingegen nicht im gleichen Maße zugenommen! Das Mißverhältnis wird immer größer! Die sofortige Antwort kann nur lauten:

Verkürzung der Arbeitszeit!

Wenn auf der ganzen Welt 4 Stunden per Tag gearbeitet wird, können alle Bedürfnisse — einfache und anspruchsvolle — befriedigt werden. Darüber hinaus kann noch genug Kapital gebildet und alle Dinge können genossen werden, deren wir uns in der Vergangenheit erfreuten. In dem Maße, wie die Massenproduktion und die Mechanisierung der Industrie fortschreiten, muß die Arbeitszeit verkürzt werden. Wir leben in einem Uebergangsstadium, erst jetzt kann man sagen, daß wir vom Zeitalter der Handarbeit in jenes der Maschinenproduktion übertreten!“

Christliche gegen Bürgerblockpolitik.

Was die christlichen Bergarbeiter fordern.

Der Gewerksverein christlicher Bergarbeiter nahm gestern auf seinem Verbandstag in Aachen mehrere bemerkenswerte Entschlüsse an. Eine Entschließung wendet sich entschieden gegen die Lohnabbaubestrebungen. Der Verbandstag forderte weiter eine Verkürzung der Arbeitszeit unter Tage auf 7 Stunden pro Schicht und 40 Stunden in der Woche, an heißen Betriebspunkten auf 5 Stunden pro Schicht und 30 Stunden in der Woche, über Tage auf 8 Stunden pro Schicht und 44 Stunden in der Woche. Zur Sozialversicherung forderte der Verbandstag deren Erhaltung und zeitgemäßen Ausbau.

Das sind Forderungen, wie man sie von einer Gewerkschaft nicht anders erwarten kann. Der Vorsitzende des Gewerksvereins, der Zentrumsabgeordnete Umbusch, glaubt natürlich selbst nicht, daß diese Forderungen von einem „Bürgerblockkabinett“, wie das seines Vereilsfreundes Brüning, verwirklicht werden würde. Er weiß wie alle Welt, daß die Forderungen der christlichen Bergarbeiter in direktem Gegensatz zu den Forderungen der christlichen Gewerkschaften stehen. Und damit kennzeichnet sich das gegenzeitige Verhältnis.

Brauns über Sozialpolitik.

Worüber er nicht sprach.

Der frühere Reichsarbeitsminister Dr. Brauns, der sozialpolitische Führer des Zentrums, sprach auf der Generalsammlung des Gewerksvereins christlicher Bergarbeiter in Aachen über die Sozialpolitik. Im Mittelpunkt seiner Darlegungen stand die Arbeitslosenversicherung. Er unterstrich die neue Lieblingsidee des Zentrums, wonach Gefährtenklassen geschaffen werden sollen.

Das Zentrum hat ein großes Interesse daran, den schlechten Eindruck, den der Abbau des Arbeitslosenschutzes durch die Notverordnung seines Kanzlers Brüning bei der Arbeiterschaft hervorgerufen hat, möglichst zu verwischen. Daher wird von ihm jetzt immer wieder die Konstruktion der Arbeitslosenversicherung angegriffen und daher hat sich nun auch sein sozialpolitischer Führer in Aachen kritisch über diese Konstruktion ausgelassen.

Wie haben erst vor kurzem darauf hingewiesen, daß mit der Schaffung von Gefährtenklassen, d. h. mit der beruflichen und beruflichen Aufgliederung der Arbeitslosenversicherung der Arbeitslosenschutz in seinen Wurzeln getroffen wird. Es ist und bleibt eine Ungerechtigkeit, wenn bestimmte Berufsgruppen wie z. B. die Bauarbeiter für die Sünden der allgemeinen Wirtschafts- und Finanzpolitik des Reiches büßen sollen, indem man ihnen unerträglich hohe Beiträge, die sich übrigens auch im Preis und Lohn wieder auswirken müssen, aufbürdet.

Bei der Propagierung der beruflichen Aufgliederung, wie sie im Zentrum vor allem mit Berufung auf Würtemberg gefordert wird, vergessen die Kritiker der Arbeitslosenversicherung, daß Zuschußgebiete wie z. B. Bayern, Schlesien und Ostpreußen auch zugleich Gebiete sind, die die Dithilfe in Anspruch nehmen oder beanpruchten. Auf der einen Seite will man diesen Gebieten den Arbeitslosenschutz wegnehmen und auf der anderen fordert

man für sie besondere Hilfsaktionen des Reiches. Die Herrschaften, die so viel an der Konstruktion der Arbeitslosenversicherung herumbottern, wissen anscheinend nicht, daß diese Versicherung ein wichtiges Stück Finanzausgleich darstellt. Im übrigen ist auch Würtemberg heute bereits Zuschußgebiet.

Die Frage des Arbeitslosenschutzes, d. h. des Abbau der Unterstützung interessiert die Arbeitermassen zur Stunde mehr als die mit der Konstruktion der Arbeitslosenversicherung verbundenen Probleme. Herr Dr. Brauns hätte also in Aachen z. B. über die Arbeitszeit sprechen können. Die Gewerkschaften fordern seit langem Verkürzung der Arbeitszeit als Hilfsmittel gegen die Entlassungen aus dem Unternehmertum. Diese Arbeitszeitverkürzung ist etwas ganz anderes als die heute an allen Ecken und Enden eingeführte Kurzarbeit, wie Drei-Tage-Woche und dergleichen, die mit starkem Lohnverlust verbunden ist und vielfach eine verheerende Rationalisierungsmaßnahme darstellt. Allgemeine tarifliche Arbeitszeitverkürzung ist jetzt vor allem in einem sehr wichtigen Industriebereich, nämlich in dem der Metallindustrie Nordwest zu einer bedeutsamen Kampfrage geworden. Am 1. Mai des vergangenen Jahres hatten von rund 213 000 Arbeitern in Nordwest die uneingeschränkte 48-Stunden-Woche nur 31 909 Arbeiter; 100 029 Arbeiter arbeiteten 52 Stunden, 17 989 gleich 54 Wochenstunden, 61 461 gleich 57 Wochenstunden und 1400 gleich 60 Wochenstunden. Man sieht, hier ist auf dem Gebiet der Arbeitszeit manches zu tun, und sicherlich hätten es die christlichen Metallarbeiter Herrn Dr. Brauns nicht verübelt, wenn er in Aachen, nachdem er nun schon einmal in der Nachbarschaft sprach, sich auch an die Arbeitszeitfrage erinnert hätte.

Arbeitsbeschaffung in der Pragis.

Neue Entlassungen.

Kassel, 6. August. (Eigenbericht.)

Die Firma Henschel u. Sohn, A. G. in Kassel hat die Genehmigung zur Entlassung von 800 Arbeitern und Angestellten nachgeschickt und erhalten. Der Antrag wird mit Auftragsmangel in der Lokomotivfabrikation begründet.

Das sind also die so viel gerühmten Wirkungen des Arbeitsbeschaffungsprogramms. Dabei ist die Reichsbahn an diesem Programm besonders stark beteiligt.

Kampf gegen Lohnabbau.

Der Bochumer Streik dauert fort.

Bei der Eisen- und Hüttenwerke A. G. in Bochum, wo etwa 600 Mann infolge der Ablehnung des Nachtarbeits der Werksleitung, der einen Abzug von 14 bis 20 Prozent vorsah, die Arbeit geschlossen niedergelegt haben, ist eine Fortschärfung der Lage eingetreten. Die Werksleitung hat jetzt Massenentlassungen vorgenommen. Etwa 1300 Arbeiter der Belegschaft sind zur Zeit außerhalb der Betriebe. Die Arbeiterschaft der Blechwalzwerke ist gut organisiert. Der Werksleitung dürfte es daher kaum gelingen, Arbeitswillige für die Durchführung ihres Lohnabbaus zu erhalten.

Apponni ist neugierig.

Die I.F. ist vorsichtig.

Der Ungarische Verband für Auslands- und Völkerbundsangelegenheiten, dessen Vorsitzender der frühere ungarische Minister Graf Apponni ist, hat sich dieser Tage an die Transportarbeiterinternationale gewandt mit der Bitte um Auskunft über die Bestrebungen der I.F. und ihrer Verbände in Ungarn, sowie um Angabe der Namen und Adressen der führenden Personen dieser Verbände. Das Sekretariat der I.F. hat mit Rücksicht auf die Art, wie Ungarn die Bestimmungen des Friedensvertrages in der Frage des Koalitionsrechts handhabt, die erbetene Auskunft abgelehnt.

In der Begründung der Ablehnung weist die Transportarbeiterinternationale darauf hin, daß dem ungarischen Eisenbahnerpersonal nicht nur das Koalitionsrecht vorenthalten, sondern sogar die Herausgabe eines Blattes zur Wahrnehmung seiner Interessen verweigert wird. Graf Apponni habe vor Jahren, als er noch Minister war, auf die Beschwerde der Transportarbeiterinternationale und im Anschluß an verschiedene Bemühungen des Direktors des Internationalen Arbeitsamtes zugesagt, daß die Herausgabe eines Eisenbahnerorgans nicht länger verhindert werden solle. Diese Zusage sei aber bis zur Stunde nicht eingelöst worden.

Die Forderung, die Namen der Führer der ungarischen Transportarbeiter zu nennen, ist ein unmögliches Verlangen, denn der Terror der ungarischen Regierung zwingt das Eisenbahnerpersonal zur Vorsicht.

Die Angestelltenräte in Ost-Oberschlesien

Gegen die Massenentlassungen in der Schwerindustrie.

Der Kongress von etwa 500 Angestelltenräten sämtlicher ober-schlesischer Angestelltenorganisationen am Sonntag besaßte sich mit den Massenentlassungen der Angestellten in der Schwerindustrie Ost-Oberschlesiens. Nach Anhörung der Referate der Gewerkschaftsführer wurde beschlossen, der Warschauer Regierung eine Reihe von Wirtschafts- und sozialpolitischen Forderungen zu unterbreiten.

In scharfen Worten wurden die Industriellen kritisiert, die durch ihre Wirtschaftspolitik die Lasten der Wirtschaftskrise einseitig auf die Schultern der Arbeitnehmer, insbesondere der Angestellten abgewälzt hätten. Weitere scharfe Worte richteten sich gegen die hohen Gehälter der Generaldirektoren und Direktoren, sowie anderer leitender Industrieebeamter.

In einer einstimmig angenommenen Entschließung wurde von der Regierung gefordert, sofortige Maßnahmen zur Stärkung des Inlandsabzuges sowie zur Erteilung von Regierungsaufträgen an die ostoberschlesische Schwerindustrie zu ergreifen.

Zum Schluß beschloß der Kongress, eine Abordnung an das Arbeitsministerium in Warschau zu entsenden, die dem Arbeitsminister die Forderungen der ostoberschlesischen Angestellten unterbreiten soll.

Die Streifbewegung in Nordfrankreich.

Paris, 6. August.

Ueber den Stand des Streiks in Nordfrankreich berichtet Havas, daß heute in Roubaix, Tourcoing 9000 Arbeiter die Arbeit eingestellt haben, so daß sich eine Gesamtzahl von 73 000 Streikenden für diesen Bezirk ergebe. Etwa 13 000 Arbeiter arbeiten, da ihre Forderungen bewilligt worden sind. Die Zahl der Streikenden in der Textilindustrie in Lille wird mit rund 17 000 als stationär angegeben. Dagegen soll die Zahl der Ausständigen in der Metallindustrie in Lille von 12 500 auf 10 000 zurückgegangen sein.

Die Zentral-Kranken- und Sterbefälle der Tüchtler und anderer gewerblicher Arbeiter (A. L. A. G.), Sitz Hamburg, Zulufhause, gegründet im Jahre 1876, eröffnete am 4. August im „Volkskauf“ zu Köln a. Rh. ihre 29. Generalversammlung. Die Mitgliedszahl der Kasse beträgt 63 300, das Vermögen am Schlusse des Geschäftsjahres 1929, trotz erheblicher, infolge der großen Arbeitslosigkeit entstandener Mehrausgaben (Kranken- und Sterbefälle), 1 500 000 Mark.

Zentralverband der Angestellten, Ortsgruppe Groß-Berlin. Das Orts- und Gaubüro, sowie die Verwaltungsstelle der Bezirkskrankenkasse der Angestellten bleiben am Verkaufstage, dem 11. August 1930, geschlossen. — Auch die Abendpredigten fallen aus.

Freie Gewerkschafts-Jugend Berlin

Heute, Donnerstag, 19½ Uhr, tagen die Gruppen: Köpenick: Jugendheim Grünauer Str. 5, Vortrag: „Recht der Arbeiter in der alten und neuen Verfassung“. — Gesundbrunnen: Jugendheim, Vöte Schule, Gorenburger Str. 2, Heimbesprechung, Verbandsbuchkontrolle, Anschließend Gewerkschaftsfeier. — Schöneberg: Gruppenheim Reichenberger Str. 66 (Rechtschule), Heimbesprechung. — Tempelhof: Gruppenheim, Euzum Germaniastraße 4-6, Heimbesprechung, Verbandsbuchkontrolle. — Köpenick: Jugendheim, Heiler Str. 15-19, Heimbesprechung. — Wilmersberg: Jugendheim Dammstraße, an der Reffingstraße, Vortrag: „Die freien Gewerkschaften und ihre Gegner“.

Jugendgruppe des Zentralverbandes der Angestellten

Heute, Donnerstag, finden folgende Veranstaltungen statt: Prenzlauer-Berg: Jugendheim, Jugendheim, 14 (kleines Zimmer). Die Gewerkschaftsbewegung im und nach dem Kriege. Referent: Ehm. — Tempelhof: Jugendheim der Schule Wilmersburger Str. 13 (Raum von der Gachstraße in Tempelhof), zwei Stunden Erläuterung. — Schöneberg: Jugendheim Hauptstr. 15 (Hofgebäude, Sitzungszimmer). Wir befragen die Ermannung des Bezirksbüros. — Oberschöneberg: der Schule Viktoria Str. 18, Arbeitsgemeinschaft: „Kommunisten“, Referent: Zeminel. — Spandau: Ab 19 Uhr im Volkspark Rehberge, Ab 18 Uhr auf dem Sportplatz Bremer Straße (Nordwest), Ab 19 Uhr auf dem Sportplatz Oberschöneberg (Charlottenburg).

Gegen Kopfschuppen und Haarausfall

verwenden Sie nicht dieses oder jenes, sondern verlangen Sie ein Mittel, das wissenschaftlich erprobt ist u. seit 50 Jahren unvergleichliche Erfolge zu verzeichnen hat!

Dr. DRALLE'S Birkenwasser

Originalflasche RM 2.40 Doppelflasche RM 4.20

Dr. Herm. R. Leber: Europäische Orient
Bosnisches Intermezzo

Von Ragusa, am tiefblauen Gestade der Adria, arbeitet sich die Schmalspurbahn in Serpentin durch Karstwälder zu den schwindelnden Hängen der bosnischen Alpen empor; Tunnel auf Tunnel, tiefender Abgrund mit Wasserfall, Waldpartien von einer Dichtigkeit und Bewachsenheit, wie sie unser Auge nicht gewohnt ist, wechseln, laufende, schäumend-blaue Bergbäche, ein paar hundert Meter unter uns zur Linken, nackte Felsgipfel, oft 2000 Meter, rechts über uns. Langsam geht die Karstlandschaft in wildromantische Hochgebirgslandschaft über, terrassenförmig gestaffelte Dörfer tauchen an Bergrücken auf, in tiefen Schluchten, an denen sich die Bahn oft unter Bemühung des Jahradgetriebes hochschlingelt, sehen wir ausgebreitete Blumenmatten, gewahren, wenn wir nicht ganz großes Poch haben, Adler und Geier, die ihre Kreise in den Lüften ziehen. Man braucht nicht auszufragen, um zu merken, daß Landschaft, Menschen, Flora und Fauna hier mächtig viel des Ungewöhnlichen bieten. Schon sieht man auch die ersten orientalischen Trachten, und wenn die ersten schlanken Minarets auftauchen, ist man in Mostar. Dieses Mostar hat sich, wie eine ganze Reihe von Orten in Bosnien und der Herzegowina den allorientalischen Charakter in außerordentlicher Keinheit erhalten. Mehr als 30 Moscheen gibt es hier und jeder zweite Einwohner ist Mohammedaner. Sofort fällt die eigenartige Tracht der Frauen auf: große, schwarze Flügelhaube über dem Kopf und weisses Gewand in dunkler Farbe, das bis zu den Knöcheln reicht, alle ausnahmslos verschleiert. Bunte Trachten: die von Kaufleuten, die der Feilstreiber und Rustanten sieht man im Bazar, der sich am Ende der Altstadt hinzieht. Dieser Bazar ist wohl außer dem in Konstantinopel der edelste orientalische in Europa; da gibt es prächtige Stickereien und Webereien, geerbene Messing- und Kupferarbeiten, geschmiedete Vöfel und Tongefäße, da gibt es mannigfache Obst- und Gemüsearten, da gibt es Schuhwerk aus buntesten Ledern von einer handwerklichen Durcharbeitung, die wirklich virtuos genannt werden muß, da gibt es mitten zwischen diesen Läden überall kleine Khabanas — Kofferschänken —, in denen Händler und Landbewohner mit untergeschlagenen Beinen hocken und mehr durch Gesten als durch Worte handeln.

Den stärksten Eindruck der orientalischen Stadt hat man von der Kerkabrakete, die kein römisches, sondern ein grandioses türkisches Bauwerk des Mittelalters ist. Diese Brücke mit der Stadt und den baumlosen Bergen im Hintergrund, das ist ein Motiv! Zumal vom Flußbett aus gesehen hat sie schon für ungezählte Bilder herhalten müssen, da sie in ihrer enormen Höhe (ein einziger Steinbogen, dessen Scheitelpunkt 21 Meter hoch liegt) die ganze linksseitige Stadt in einen großartigen Rahmen spannt. Die Schlucht, in der Mostar liegt, gibt ein romantisches Relief zu dem abenteuerlichen Volk und dem bunten Gemisch von Mensch und Tier und primitiven Verkehrsmitteln, die über diese Brücke pilgern. Mitten in der Stadt liegen im Schatten der großen Moschee zahlreiche klammbühneartige Friedhöfe mit ihren so merkwürdigen richtungslos stehenden Grabsteinen, meist von steinernen Turbanen getönt. Die Moscheen sind meist einfach, ein paar schöne Kacheln und mit Koranversen bemalte Wände umgeben die große Gebetsnische im Innern. Ein paar ebenso alte wie zerstückelte Sedenteppiche und getriebene Messinglampen geben dem Westeuropäer das Air, das ihm zur Vorstellung von Morgenland und 1001 Nacht notwendig ist.

Und die Kervela draust und Ziegen- und Eselherden, die an ihr weiden, gemahnen uns mit den Menschen, die dabei sitzen und ohne jegliche Hast irgendeiner zufälligen Arbeit nachgehen, daß Lebensform und Lebensrythmus hier noch nichts von der Unsterblichkeit Westeuropas an sich haben.

Früh, mittags und abends ruft der Muezzin mit sonorem Ruf von einem Minarett herunter zum Gebet, und die Straßen leeren sich plötzlich. Selbst wenn man die Erlaubnis bekommt, versuche man nicht um der Neugier willen ein Minarett zu besteigen. Man kommt aus dieser ebenso schmalen als dunklen Röhre, die hauchdünne Wände — wie eine Bienenwabe — hat, in Korziehergestalt heraus.

Die Kervela, an der wir entlangfahren, hat schon viel Blut getrunken, oftmals war sie letzte Grenze zwischen osmanischen Herzäusen und denen der Küstenbewohner oder Wälfen, die, wenn sie schon zur See nichts gegen die türkischen Kriegsgaleeren anrichten konnten, auf ihren Raubzügen ins Hinterland alles, was Kahlhalm und Turban trug, erbarmungslos niedermachten. Große Tobakfelder wechseln mit Reisfeldern, ab und zu gewahrt man noch Raubneester aus der Türkenzeit, aber schon geht es wieder durch dicke Waldlandschaft, aus der nackte Felsstürme aufragen, Wasserfälle niederstürzen. Die Bahn, die erst in den achtziger Jahren gebaut wurde — bis dahin gab es in Bosnien weder Eisenbahn noch gute Fahrstraßen — und nicht nur eine hernorragende Ingenieurleistung, sondern auch eine der landschaftlich reizvollsten Bahnstrassen Europas darstellt, steigt nun auf 1000 Meter Höhe und durchbricht in dem 650 Meter langen Tunnel das Joangebirge, die Wasserscheide zwischen Adria und Schwarzem Meer.

Nach einer Fahrt, die über tiefe Schluchten mit tosenden Gebirgsbächen hinweg, immer in Serpentin, gelangt man nach Sarajevo, der Hauptstadt Bosniens. Mehr als 100 Moscheen lassen ihre schlanken Minarets in die dünne Luft dieser Gebirgsstadt hochschleichen. Gleich am Bahnhof empfängt einen Trachten geminnel, besonders an Markttagen, wo sich die außerordentlich bunten, mit schweren Goldstickereien verbrämten Nationaltrachten bosnischer Bauern mit den eigenartigen Gewandungen der Mohammedaner und der vielen spanischen Juden mischen. Wegen den Bazar zu wird der orientalische Einschlag immer stärker, und die paar Duzend Strohen sind schon eine Stadt für sich. Neben den Erzeugnissen, die wir schon in Mostar sahen, fallen hier viele kunstgewerbliche Arbeiten, Teppichwebereien, Silberstickarbeiten und türkische Konfitüren in allen möglichen Formen und Farben, denen man die Tradition der orientalischen Köchereien ansieht, auf. Am Marktgeminnel stoßen wir auf eine klammbühneartige Kuffkapelle, die auf langen ovalen Handtrommeln und eigenartigen Flöten eine für unsere Ohren fremdartige Musik macht. Limonadenverkäufer mit abenteuerlich geformten Ruten aufbauen, aus denen sie durch Ragen des Körpers die verschiedenfarbigen Erfrischungstränke in Gläser hineinjagen, stehen vor pechschwarzen Fleischbuden. Die türkischen Häuser dieses Viertels sind einfache, einstöckige Holzhäuser, die nur mit dunkelrotem Lack angemalten sind, überall aber sieht man die verwitterten Holzfenster. Die bedeutendste Moschee, zugleich das größte islamische Bauwerk Europas, außerhalb Konstantinopels: in Nr. Bogoba-Djami. Man tritt im Schatten hoher Pappeln in den Vorgarten, in dem Kalkpflanz und die

Hodjas (Priester) in ihren schwarzen, mit goldenen Stickereien verlebten Gewändern sitzen. Bei dem großen Brunnenbeden des Vorgartens führen eine Reihe von Gläubigen ihre religiösen Botsungen aus und treten, nachdem sie ihre Schuhe in lächerförmige Kästchen gestellt haben, auf den Strümpfen in die Moschee ein. Das bleibt allerdings den Ungläubigen erspart, die in großen Filzpantoffeln eintreten dürfen. Im Vorhof sind auch für kurze Zeit die Verstorbene aufgebahrt, in dicke schwarze Tücher eingeschlagen, manchmal mit einer grünen Fahne überdeckt. — Merkwürdig, je länger man unter einer solch weitgespannten Kuppel wie dieser Moschee steht, um so mehr gibt sie einem innere Ruhe und um so mehr innere Sammlung, je mehr man sich selbst zu ihren Voraussetzungen in Beziehung setzt.

Von Sarajevo aus kann man leicht einen Ausflug nach Jidze, jenem ausgezeichneten Badeort, der die gleichen Heilerfolge wie Marienbad ausweist und auch schwefelhaltige Quellen besitzt, machen. Neben seiner Heilwirkung und seinen klimatischen Vorzügen ist es ein glänzender Ausgangspunkt für Touren in das bosnische Land, zumal genügend gutgeleitete Hotels vorhanden sind. Früh, sechs solcher Plätze müßte man in Bosnien und der Herzegowina ausbauen und es wäre eines der besuchtesten Reisefelder der Zukunft!

Bergbezwingungen

Die Bergbesteigung ist heute ein recht allgemeiner Sport geworden. Er ist aber in Wirklichkeit kaum 150 Jahre alt und nahm mit der planmäßigen Eroberung des Mont Blanc, des höchsten Berges Europas, im Jahre 1786, ihren Anfang. Bis zu diesem Datum waren die hohen Berggipfel noch nie von Menschenfuß betreten worden, wenigstens war eine Eroberung der Berggipfel geschichtlich nicht bekannt geworden. Es erregte ungeheures Aufsehen, als der Naturforscher Horace Benedict de Sauffure im Jahre 1787 den Gipfel des Mont Blanc bestieg, auf dem er barometrische Messungen veranstaltete. In Wirklichkeit war aber nicht er der erste Eroberer des Mont Blanc. Dieser Ruhm gebührt dem Führer Balmat, der bereits ein Jahr vorher, nämlich 1786, den Mont Blanc einmal allein, einmal zusammen mit Paccard bestiegen hatte. Späterhin wurde, nachdem der Bann der Unbezwingbarkeit des Mont Blanc gebrochen war, mehrfach bestiegen, sogar von einer Frau, nämlich Fraulein d'Angouille.

Es gibt noch heute eine Anzahl von Berggipfeln, die dem menschlichen Fuß noch nicht erreichbar waren. Zu diesen gehörte

bis vor kurzer Zeit der Umanak, der den Namen „Das Matterhorn“ Grönlands hat, weil er allen Bergsteigern ebenso gewaltige Schwierigkeiten entgegenlegt wie das Matterhorn. Dieser Berg ist zwar nur 1200 Meter hoch. Aber wegen seiner ungeheuren Steilheit und Gefährlichkeit hat bis vor kurzer Zeit kein Mensch ihn bezwingen können, nicht einmal der berühmte Bergsteiger Edoard Whymper, der durch die Besteigung des Matterhorns berühmt geworden ist. Whymper unternahm in den Jahren 1867 und 1872 zwei Reisen nach Grönland, konnte aber den Umanak nicht erobern. Am 13. Juli 1929 gelang es zwei Deutschen, nämlich den Mitgliedern der deutschen Grönlandexpedition, namens Sorge und Georgi, diesen anscheinend unersteigbaren Berg zu bestiegen.

Der größte Kampf, der je um einen Berggipfel geführt worden ist, war der um das Matterhorn. Diese schlanke Felsenpyramide von 4505 Meter Höhe galt lange Zeit für unbesteigbar. Am 14. Juli 1865 unternahm eine englische Gesellschaft unter Führung des oben genannten berühmten Alpinisten Edoard Whymper eine Expedition nach dem Matterhorn, an der Lord Douglas, Charles Hudson und Hadow, begleitet von drei Führern, teilnahmen. Whymper wollte den Aufstieg mit dem italienischen Führer Carrel unternehmen. Aber Carrel bestand darauf, diesen an der Grenz zwischen Schweiz und Italien gelegenen Berg von Italien aus zu ersteigen und führte seine Absicht durch, während Whymper von der Schweiz aus aufstieg. In dem Wettlauf errang Whymper den Sieg, denn er gelangte am 14. Juli 1865 um 1/2 Uhr nachmittags auf dem Gipfel an. Auf dem Rückweg verunglückte leider die Expedition, da das Seil riß. Whymper blieb allein mit den zwei Führern Taugwalder am Leben. Vier Teilnehmer der Expedition fanden den Tod. In der Folgezeit wurde das Matterhorn noch des öfteren bestiegen.

Der Großglockner, einer der höchsten Berge Europas, wurde zum erstenmal im Jahre 1800 erklommen, und zwar am 28. Juli. In den Ruhen, die Spitze des Großglockner erreicht zu haben, teilten sich der Pfarrer Horach von Döllach und der Generalvikar von Hohenwart. Im Jahre 1799 hatte schon der Kardinal und Fürstbischof von Gurk, Algraf Franz Salm Reiferscheid, den Aufstieg nach dem Großglockner unternommen, hatte aber nur die Spitze des Kleinglockner erreicht. Unter den berühmten Naturforschern war Alexander v. Humboldt der Bahndreher in der Besteigung der außereuropäischen Hochgebirge. Er bezwang den Chimborazzo und den Cotopaxi im Jahre 1802 und kam zum erstenmal in eine Höhe von mehr als 5800 Meter, die bisher von Menschen noch nicht erreicht worden war. Auf der Ruhmesstafel der großen Bergeroberer prangt auch der Name einer Frau, nämlich der der englischen Naturforscherin Eliza F. Gibb. Sie hatte mehrere abenteuerliche Reisen nach den unerforschten Gebieten von Borneo, Neuguinea und Australen gemacht und erhielt im Jahre 1910 für ihre botanischen Forschungen die Huxley-Medaille. Bei ihren Reisen in Britisch-Nord-Borneo eroberte sie zum erstenmal den über 4000 Meter hohen Mount Kinabul.

M. Kallofen: Der Schmuggler
Ein italienisches Erlebnis

Es war damals, als Binzenzo noch in der Mailänder Schulfabrik Arbeit hatte. Am morgendlich fuhr er mit der Bahn zur Arbeitsstätte und kehrte abends in das einsame Dorf zurück. Er war zur Mittagszeit, wie gewöhnlich, in das Speisehaus der Fabrikproleten gegangen. Es gab da für wenige Centesimi eine Schüssel voll Minestra oder Pasta oder Trippa. Man holte Schüssel und Vöfel vom Stöck, ließ sich in der Küche eine Kelle voll Eisen geben und setzte sich an die langen roten Holztische. Wer viel Geld hatte, trank noch ein Viertel dünnen Wein. Schüssel, Vöfel und Karaffen holte später der lustige Pepino ein, der in seiner steifigen Schürze durchs Lokal strich, alle kannte und mit allen Freund war: mit den Bettlern, den Dirnen und — mit den Arbeitern.

In jenem Tage, als Binzenzo keine Trippa schlürfte, zwinkerte Pepino ihm heimlich zu und verschwand durch die Hintertür nach dem Abtritt. Binzenzo wartete eine Weile, dann folgte er ihm. Pepino war ein wenig aufgeregt. „Es ist einer da, dem sind sie auf den Fersen; er muß heute noch verschwinden.“ Binzenzo lachte leise: „Gemecht.“ — „Gut, wann kommst du?“ — „Um sieben, nach Arbeitsfluß; wohin?“ — „Zu Cristina...“ Pepino verschwand. Binzenzo ging wieder an sein Essen, vergnügt und harmlos, als wenn nichts gemessen wäre.

Zehn Minuten nach sieben stand er im kleinen Gemüseladen. Draußen brannten schon die Laternen; Cristina war eben dabei, die Körbe voll Kapsel, Zwiebeln und Blumenkohl von der Straße hereinzuräumen; sie schickte ihn nach hinten. Jedes sie geschäftig ab und zu schürfte, warf sie einen raschen Blick auf das gegenüberliegende Fenster, wo ein junger Mann gelangweilt herausschaut; er machte eine flüchtige Bewegung; es war alles in Ordnung. Cristina schloß befriedigt den Laden. Sekunden darauf stand vor Binzenzo ein sehr junger, sehr blauer Mann. Er lächelte ein wenig verlegen: „Genosse...“ Binzenzo reichte ihm unbedarft die Hand: „Ja, dann werden wir wohl gehen müssen.“ Cristina brachte warme Milch: „Hier, Junge, trink; ihr habt einen weiten Weg.“ Sie wandte sich an Binzenzo: „Carlos Frau war gegen Abend hier; die Bahn dürft ihr nicht betreten, es ist unklar. Brecht sofort auf, ehe die Strohen leer werden — — — und dann — — — auf der Landstraße — — — kennst du Wege, wo ihr den Tschakos nicht in die Arme laßt?“ Binzenzo lachte: „Mehr als einen! Bist du fertig, Genosse?“ Cristina ließ sie über den Hausflur hinaus; er war dunkel und leer. Aus dem großen Vorgang tauchten sie unauffällig ins abendliche Getriebe der Straße. Zwei harmlose Fabrikarbeiter.

Als der Flüchtling am nächsten Tage erwachte, wußte er erst nicht, wo er sich befand. Um ihn war der Geruch von Heu, Kühen und Staub; über seinem Kopfe liefen helle Spalten, die ein dunkles Schieferdach trugen; durch die Rouleten fiel ein strahliger Sonnenstrahl, in dem Staubchen tanzten; er entsann sich, daß er auf dem Boden eines Bauernhauses lag, in einem einsamen Weidort, unweit der Grenze. Jetzt sah er auch, daß eine Frau vor ihm stand; ihr freundliches Aumelgesicht hatte im spärlichen Licht die steingraue Farbe der Wand. Sie brachte ihm eine Schüssel mit Essen. Dem jungen Manne wurde bewußt, in welch gefährlicher Lage diese Bauern feinsten waren. „Es tut mir leid...“, begann er. Die Frau wehrte ab: „Sie sind ein Genosse.“ Er begann zu essen. Sie betrachtete ihn: „Wie jung Sie sind — haben Sie noch eine Mutter?“ — „Ja — sie heißt Karer Trent — — — ich werde sie nicht wiedersehen — — —“ Die alte Weiblein nickte sich die Augen.

„Wann wird diese schreckliche Zeit ein Ende haben“, flüsterte sie. „Eher oder später — aber wir werden siegen“, entgegnete der Flüchtling. Er sprach leise und mühsam; der ungewohnte Weg und die Aufregung des letzten Tages hatten ihn erschöpft. Die Frau sah, wie müde er war. „Schlafen Sie ruhig“, sagte sie, „Binzenzo wird Sie rufen...“ Er fiel wieder in bleiernem Schlaf und schraf auf, als jemand seinen Arm schüttelte: „Komm, Genosse, es ist Zeit!“ Es war ganz dunkel. Ohne Licht zu machen, stiegen sie über die enge knarrende Stiege hinauf und traten in die kleine Küche, die nur der flackernde Schein des verblühenden Kaminfeuers erhellte. Das Fenster war verhängen. Auf dem Tische stand eine Schüssel mit dampfendem Essen. „Äh“, sagte Binzenzo. — „Bist du nicht müde?“ fragte der Flüchtling, indes er löffelte. — „Ich bin das gewöhnt“, lächelte Binzenzo. Seine weichen Zähne blinkten. „Bist du oft hinüber?“ fragte der andere. — „Ja, man muß leben; ein Weinstock und ein Maisfeld geben wenig Ertrag. Arbeit in der Fabrik gibt's selten, und nie lange. Der Vater ist krank, die Mutter schwächlich, drei Geschwister besuchen noch die Schule — was will man anfangen?“ — „Wiedel hier in der Gegend sind auf Schmuggel angewiesen?“ Binzenzo lachte wieder: „100 Prozent!“ Er reichte dem Genossen ein paar weiche Schuhe mit filzgeschichteten Sohlen: „Hier — zieh sie an — Lederschuhe machen zuerst Lärm und gleiten auf den Steinen...“ Sie traten aus dem Hause, in eine sehr stille, kampfene Nacht. Die Sterne summierten rüß und fern; dunkel lastete der Ball der Berge. Auf einem engen Pfade stiegen sie steil aufwärts, zwischen Baumstämmen hin. Auch im Dunkeln erkannte man ihre winzigen Partzellen. Dann kamen Dienen- und Kastanienhaine; die früh knospenden Bäume deuteten herb. Dahinter lag der Strauchwald. Auf sehr schmalen, schattigen Wegen stiegen sie lautlos aufwärts. In der Ferne glimmten Lichter. „Die Grenzhäuser“, flüsterte Binzenzo. Dicht über ihnen lag der Grat; eine Felswand führte steil empor. — „Hier müssen wir warten“, flüsterte Binzenzo. Sie schoben sich in ein dichtes Gebüsch: „Von dort oben leuchten sie ab; rühre dich nicht; kein Jaus darf sich regen, sie haben scharfe Augen und Ohren.“ — Sie blieben stumm; Binzenzo fauchte still und gelassen einen Grasbalm; bisweilen lächelte er dem Genossen ermutigend zu, dann blinkten im Dunkel seine Zähne. Mühslich horchte er auf: „Sie kommen!“ Sie lagen keh reglos. Nach einer Weile erst hörte auch der andere Schritte und Stimmen; langsam kamen sie näher. Die beiden lagen wie tot, nur ihre Sinne waren überwach. Die Wache war jetzt dicht über ihnen; man unterschied deutlich das Klirren der Gewehre, das Knirschen der Gurte. Mühslich wurde die Schlucht hell — ein Scheinwerfer lastete langsam von Stein zu Stein — jetzt lag das Licht über ihnen; sie hielten den Atem an — die Sekunden wurden zu Stunden... Oben war Stille; hatte man sie entdeckt? — Nein! das Licht glitt weiter, war schon vorüber — verschwand; Schritte und Stimmen entfernten sich, verklangen... „Geschafft“, flüsterte Binzenzo.

Der Rest des Abends war ein Kinderpiel, bald lag die Grenze hinter ihnen. Lichter tauchten im Tal auf; auf schmalen Pfaden ging's abwärts. Ein Haus lag vor ihnen; Binzenzo packte lang— kurz—lang. Geräusche wurden drinnen nach schlürfende Schritte. Die Tür öffnete sich ein wenig, flog dann auf. Ein großer Mann band auf der Schwelle: „Du bist's, Binzenzo... Heide!“ — „Ja, ein Genosse...“ Der Flüchtling reichte Binzenzo die Hand: „Ach danke dir...“ — „Major? Du bist Genosse...“

